

F R I E D E N S Forum

ZEITSCHRIFT DER FRIEDENSBEWEGUNG



Militarisierung der Jugend

& **Neue Atomwaffen**
Japan, Afghanistan und Syrien
TTIP

6 / 2015

Zeitschrift der
Friedensbewegung

Nov./Dez. 2015

28. Jahrgang

€ 4,50

G 9616

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,
Der Krieg hat Europa eingeholt – nicht in Form von Bomben oder Gewehren, sondern in Gestalt der Hunderttausende, die sich in der Flucht vor ihm nach Europa auf den Weg gemacht haben. Wie viele von ihnen dabei umgekommen sind oder in dem kommenden Winter noch umkommen werden, ist unbekannt. Allein im Mittelmeer haben nach Angaben von Pro Asyl in diesem Jahr schon 2.000 ihr Leben verloren. Europa macht unterdessen die Schotten dicht, auch Deutschland. Was mit den Menschen passiert, die an irgendwelchen Grenzzäunen oder in Ländern, in denen sie nicht versorgt werden, hängen bleiben, wird kaum bis gar nicht thematisiert.

Stattdessen nehmen die Stimmen zu, die einen Militäreinsatz in Syrien fordern. Selbst mit Russland und mit Präsident Assad wird in dieser Sache inzwischen wieder gesprochen, trotz aller Spannungen und der gegenseitigen Drohgesten zwischen NATO und Russland angesichts der weiter instabilen Lage in der Ukraine. Selbstverständlich ist das Aufbrechen der Isolation Russlands sehr erfreulich, aber zu wessen Lasten geht das? Schon zuvor berichteten AktivistInnen aus Syrien, dass Städte gleichermaßen den Angriffen des IS und der syrischen Regierung ausgesetzt waren – die einen bombardierten tagsüber, die anderen nachts. Jetzt scheint Russland die Gelegenheit zu nutzen, den Kampf des Assad-Regimes gegen die Opposition auch militärisch zu unterstützen.

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt weiterhin alle solche militärischen Abenteuer ab. In einer Umfrage von 2014 befürworteten lediglich 13% eine Ausweitung von Bundeswehreinätzen. Diese kritische Haltung ist auch der Regierung bekannt – sie versucht deshalb, mit ihrer „Attraktivitätsoffensive“ die Bundeswehr populärer zu machen. Damit beschäftigt sich der Schwerpunkt dieses Heftes. Es geht in ihm speziell um die Versuche, die Zielgruppe „Jugend“ durch Schule und Freizeitangebote für die Bundeswehr (und einen Dienst in ihr) zu gewinnen.

Wir wünschen eine angeregte Lektüre,
für die Redaktion

Christine Schweitzer

Titelfoto: Michael Schulze von Glaßer

- Beilagen:
1. Flyer Freitag
 2. Unterschriftenliste
cyberpeace, FifF
 3. Überweisungsträger
Friedenskooperative

Inhalt

Im Blickpunkt

- Hermann Theisen: **Aufruf zum Geheimnisverrat bei der Bundeswehr – Straftat oder Bürgerpflicht?** 3

Initiativen

- Reiner Braun, Pascal Luig und Lucas Wirl: **Wenn Wut zu Widerstand wird** 4
Jan Gildemeister und Thomas Oelerich: **„Grenzerfahrung“** 5
Thomas Rödl: **Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa** 7
Marvin Mendyka: **Friede, Freude, Eierkuchen? – Zivilklauseln in NRW** 8
Lothar Höfler: **„Fluchtursachen bekämpfen – Waffenexporte stoppen – Der Krieg beginnt am Bodensee“** 9
Rainer Schmidt: **Sechs-Tage-Dauermahnwache** 10

Krisen und Kriege

- Otmar Steinbicker: **Perspektivlosigkeit macht sich breit** 11
Christine Schweitzer: **Feuer mit Öl bekämpfen** 12

Friedensbewegung international

- Edith Lutz: **Nicht nur für die Sicherheit Israels: Psychologie statt Kriegsmaschinerie** 13

Münchhausen

- Karl Grobe: **Hiroshima – Nagasaki** 15

Hintergrund

- Tim Schumacher: **TTIP: Freihandelsabkommen als geopolitischer Sprengstoff** 17
Heiner Busch: **Militarisierung der Polizei?** 18
Silvia Bopp und Xanthe Hall: **„Spar Dir den Atomkrieg!“** 19
Karl Grobe: **Japan „out of area“** 21
Christine Schweitzer: **Buchbesprechung: Gewaltfreiheit im Alltag** 23
Leila Dregger: **Buchbesprechung: Über die andere Welt, die möglich ist!** 24
Pax Christi u. a.: **Friedensethische Ansprüche an den Weißbuch-Prozess** 25

Schwerpunkt: Militarisierung der Jugend

- Christine Schweitzer: **Gegen die Militarisierung der Jugend** 26
Christian Stache: **Militärisches Agit-Prop-Happening** 27
Klaus Pfisterer: **Werben fürs Sterben** 29
Otmar Steinbicker: **Die Schwierigkeit eines Jugendoffiziers mit dem Thema Afghanistan** 32
Michael Schulze von Glaßer: **Bundeswehr-Bilder an der Heimatfront** 33
Jenny Becker: **Computerspiele und Militarisierung** 34
Cattis Laska und Hanns Molander: **Die Notwendigkeit einer Queer-Perspektive** 36
Thomas Haschke: **Töten ist kein Beruf** 37
Semih Sapmaz: **CMoY – Ein Kürzel für ein ganzes Programm** 39
Kai-Uwe Dosch: **CMoY – Überblick zur Lage der „Schule der Nation“** 40
Dorothea Schäfer: **Wie Schulen sich erfolgreich gegen den Einfluss der Bundeswehr zur Wehr setzen** 41

ZITAT

„Wir haben vor vier Jahren fälschlicherweise weggeschaut. Jetzt lernen wir mühselig und etwas spät, dass Wegschauen von Verantwortung nicht befreit. Und dass Nichtstun auch Folgen hat. Und dass der Konflikt, von dem wir glaubten, er spiele sich in Syrien ab, jetzt krachend vor unserer Haustür landet.“

So Wolfgang Ischinger, der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, gegenüber dem „Münchner Merkur“ (15. 9. 2015).



„Tag der Bundeswehr“ in Bonn, 13.6.2015.
Foto : Martin Singe

Einleitung zum Schwerpunkt

Die moderne Kriegführung hat sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Die Massenheere, die den 1. und 2. Weltkrieg entschieden und deren Einsatz auch noch für einen 3. Weltkrieg zwischen West und Ost in der Zeit bis 1989 eingeplant wurde, werden zunehmend unwichtig. Konnte ihr Personal in vielen Ländern nur mit Hilfe einer allgemeinen Wehrpflicht (für Männer) gesichert werden, ist die Zahl der Länder, die eine Wehrpflicht kennen, in den vergangenen

25 Jahren deutlich zurückgegangen.

Das moderne Militär, zunehmend gleichermaßen auch für Frauen geöffnet, braucht weniger große Zahlen an SoldatInnen als gut ausgebildetes, spezialisiertes Personal mit längerer Dienstdauer. Das bedeutet aber auch, dass dieses Personal angeworben werden muss – wenn man nicht mit Gefängnis drohen kann, um Menschen ins Militär zu holen, muss man mit Belohnungen arbeiten – gute Ausbildung, gute Bezahlung, attraktiver Job, Karrierechancen, Familienfreundlichkeit, Abenteuer ...

Die Werbung für einen Dienst beim Militär richtet sich beinahe global nicht erst an diejenigen, die auf der Suche nach einem Ausbildungs-, Arbeits- oder Studienplatz sind.

Sie fängt viel früher an und nimmt Kinder und Jugendliche ins Visier. Das gilt übrigens auch für Länder, in denen die Wehrpflicht noch besteht – auch sie bereiten ihre Jugend mental und manchmal auch direkt durch paramilitärische Übungen in Schulen auf den Militärdienst vor.

Einleitung

Gegen die Militarisierung der Jugend

Christine Schweitzer

„Von dem Moment unserer Geburt an sind Kinder und junge Menschen in vielen Kulturen dem Militär und militärischen Werten um sie herum ausgesetzt. Wir nennen das die Militarisierung der Jugend. Sie geht weit über die offene Rekrutierung in die Streitkräfte hinaus. Sie schließt die Anwesenheit und den Einfluss des Militärs in der Bildung, in sozialen Medien, öffentlichen militärischen Veranstaltungen wie Paraden und Gedenkfeiern, Videospiele mit militärischen Inhalten und viele weitere Formen von Unterhaltung und Mode ein.“

So leitet die internationale Website „Gegen die Militarisierung der Jugend“ (<http://antimili-youth.net/>) der War Resisters' International ein. In Darmstadt fand 2012 eine erste große Konferenz zu dem Thema statt, bei der eine Feststellung hervorstach: Das Problem ist fast überall gleich, von den USA bis Schweden, von Chile bis Südostasien. Kinder und Jugendliche werden bewusst und gezielt dazu gebracht, nicht nur Militär und Krieg für etwas ganz Normales zu halten, sondern sich dafür zu interessieren und zu begeistern. Das wird gelegentlich von den Propagandaabteilungen der Militärs auch zugegeben. So machte in Darmstadt das Zitat eines britischen Offiziers von 2007 die Runde: *„Bei unserem neuen Modell geht es um Bewusstseinsweckung, und das braucht zehn Jahre. Es beginnt mit einem siebenjährigen Jungen, der einen Fallschirmspringer bei einer Militärschau sieht und denkt, ‚das ist cool‘. Von da ab beginnt das Militär, Interesse aufzubauen, Tropfen für Tropfen.“*⁽¹⁾

Armut als Rekrutierungshelferin

Im englischen Sprachraum, wo in den USA die Wehrpflicht bereits seit Ende des Vietnamkriegs abgeschafft war, wurde der Begriff der „poverty draft“ erfunden, wörtlich übersetzt „Einzahlung durch Armut“. Damit ist gemeint, dass sich unter denjenigen, die sich zum Militär verpflichten, unverhältnismäßig viele Menschen befinden, die durch Armut und mangelnde Alternativen der Berufswahl betroffen sind. In den USA gilt dies besonders für Schwarze und Puerto Ricaner. So machen Schwarze rund 12 % der Bevölkerung aus, 1990 bei den SoldatInnen im Persischen Golf hatten sie einen Anteil zwischen 29,8 % bei der Armee und 13,5 % bei der Luftwaffe. In Puerto Rico, wo die Arbeitslosenquote bei 40 % liegt, rekrutiert das Pentagon vier Mal so viele SoldatInnen als in den USA selbst.⁽²⁾ In anderen Ländern sieht es nicht viel besser aus. Auch in Deutschland sind unter den BewerberInnen sehr viele Jugendliche, für die die Bundeswehr die letzte Chance auf einen festen Arbeitsplatz bedeutet.⁽³⁾



Der „Tag der Bundeswehr“

Militärisches Agit-Prop-Happening

Christian Stache

Über 230.000 BesucherInnen zählten die Militärs am 13. Juni 2015. Für diesen Tag hatte das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) „anlässlich des 60-jährigen Bestehens“ und des 25-jährigen Jubiläums der „Armee der Einheit“ erstmalig in der Geschichte des deutschen Militärs zu einem „Tag der Bundeswehr“ geladen. Bundesweit beteiligten sich 15 Standorte an der mindestens 550.000 Euro teuren Großveranstaltung.

Bundeswehr

Laut Thomas Haschke in diesem Heft braucht die Bundeswehr jedes Jahr 60.000 Bewerbungen für rund 20.000 zu besetzende Stellen. Dabei macht sie auch vor Minderjährigen nicht Halt – zwischen 2011 und 2014 hat sie über 3.000 Jugendliche im Alter von 17 Jahren rekrutiert, was ihr wiederholt Kritik von den Vereinten Nationen eingebracht hat, denn 17-Jährige gelten der UN-Kinderrechtskonvention zufolge als Kindersoldaten!⁽⁴⁾ Ihre Werbemethoden sind vielfältig – JugendoffizierInnen in Schulen und KarriereberaterInnen bei Jobmessen sind dabei nur der Gipfel des Eisbergs. Freizeitangebote wie Abenteuer-camps, Waffenmessen, bei denen Kinder auf und in Panzern herumturnen können, Computerspiele, Kriegsfilme, der „Tag der Bundeswehr“ und die traditionelle Plakatwerbung tun das ihrige, junge Menschen für den Militärdienst zu interessieren. Einige dieser Methoden werden in diesem Schwerpunkt thematisiert.

Anmerkungen

- 1 Zitiert nach Emma Sangster, *The Military's Influence in UK Education*, in: *Sowing Seeds. The Militarization of Youth and How to Counter It*, Hrsg. War Resisters' International 2013, S. 89
- 2 <https://afsc.org/sites/afsc.civicaactions.net/files/documents/The%20Poverty%20Draft.pdf>
- 3 <http://www.zeit.de/2011/23/Bundeswehr-Rekrutierung>
- 4 http://www.focus.de/politik/deutschland/linke-gegen-minderjaehrige-an-der-waffe-bundeswehr-ursula-von-der-leyen-verteidigt-ausbildungskurs_id_3567221.html

Christine Schweitzer ist Redakteurin des Friedensforums.

Der „Tag der Bundeswehr“ diene vor allem der Rekrutierung und Propaganda, der Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft und der Konsolidierung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit. Das Agit-Prop-Happening ist einer der zentralen Pfeiler der ideologischen Mobilisierung im Zuge der im letzten Jahr vom BMVg initiierten „Attraktivitäts-offensive“.

Eine Koalition von CSU bis Grüne befürwortete das Spektakel. Vereinzelt kam es zu teils eindrucksvollen Protesten. Aber in der Breite ist die Friedens- und Antikriegsbewegung nicht aktiv geworden.

Eindimensionale Vielfalt: dasselbe Programm auf allen 15 Kanälen

An den Premierenfeierlichkeiten beteiligten sich bundesweit 15 Militärstandorte „von Flensburg im hohen Norden bis Bischofswiesen im tiefen Süden Deutschlands, von Nörvenich im Westen bis Storkow im Osten“. In Bonn, Wilhelmshaven und Koblenz waren die Militärs auch „auf dem Rathausplatz“ anzutreffen. Mehr als 10.000 Soldaten waren „seit Monaten“ für die Veranstaltung „im Einsatz“.

Das Programm glich sich überall: Neben klassischen Waffenschauen, nachgestellten Einsätzen und Militärmusik gab es besondere „Attraktionen für Kinder“, man konnte SportsoldatInnen treffen und sich über den Dienst an der Waffe informieren. Es wurde auch unmittelbar politisiert. In Sachsen-Anhalt war die Verabschiedung von 120 Soldaten in den Einsatz nach Afghanistan durch Ministerpräsident Rainer Haseloff (CDU) das „Highlight“. Beim politischen Main-Event in Hannover hielt Ministerin von der Leyen eine Rede, die

an allen teilnehmenden Standorten auf Videoleinwänden ausgestrahlt wurde. Mit Bezug auf die Ukraine und den Kosovo bekräftigte sie das Zerrbild, die Bundeswehr kämpfe seit 60 Jahren für Frieden, Freiheit und Sicherheit – statt für die Interessen deutscher Konzerne und des deutschen Staates.

Kosten: mindestens eine halbe Million Euro

Laut einer Kleinen Anfrage im Deutschen Bundestag hat die Hardthöhe für den „Tag der Bundeswehr“ 550.000 Euro aufgewendet. Von den insgesamt für das Jahr 2015 veranschlagten mehr als 2,7 Millionen Euro für die PR-Arbeit der Bundeswehr handelt es sich damit um den größten Posten. Gegenüber der Tageszeitung junge Welt bezifferte ein namentlich nicht genannter Sprecher des BMVg die finanziellen Aufwendungen für den „Tag der Bundeswehr“ sogar auf bis zu 2,375 Millionen Euro.

Rekrutierung, Propaganda, gesellschaftliche Verankerung und zivilmilitärische Zusammenarbeit

Die Bundeswehr verfolgt gleichzeitig mehrere Ziele mit dem „Tag der Bundeswehr“. Es geht erstens darum, die Bundeswehr „zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland“ zu machen und durch „Einblicke in die vielfältigen militärischen und zivilen Berufsfelder“ neue RekrutInnen für den Kriegsdienst zu gewinnen.

Zweitens sollen bestimmte Vorstellungen über die Truppe und ihr Tun in den öffentlichen Diskurs gebracht und gefestigt werden. Der „Tag der Bundeswehr“ nötigt einerseits die Medien zur Bericht-

erstattung. Andererseits gab es an den 15 Standorten „Diskussionsrunden und Polit-Talk“, unter anderem mit Bundesverteidigungsministerin von der Leyen oder Staatsminister Hoofe.

Drittens nutzen die Aktivitäten der „Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft“. Um die Akzeptanz und den Rückhalt für die Armee und ihre militärischen Operationen an der Heimatfront peu à peu zu steigern, ist das „persönliche Erleben und der unmittelbare Kontakt und Dialog“ entscheidend – nicht nur, aber auch am „Tag der Bundeswehr“.

Schließlich wird die sogenannte zivil-militärische Zusammenarbeit mit der Veranstaltung gestärkt und vertieft. „Ob Städte, Gemeinden oder Landkreise, ob Vereine, Verbände oder Reservisten – sie alle organisieren die regionale Ausplanung dieses besonderen Tages Seite an Seite“, heißt es dazu auf der Internetseite des Militärs.

Ideologische Mobilmachung

Der „Tag der Bundeswehr“ ist eine von drei Maßnahmen, mit denen das Bundesverteidigungsministerium im Rahmen der im letzten Jahr begonnenen Attraktivitäts-offensive „Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders.“ um die Zustimmung

der Bevölkerung und der SoldatInnen zur Bundeswehr als Institution und zu den Auslandseinsätzen wirbt.

Neben den materiellen Zugeständnissen an die SoldatInnen, wie z. B. Sold-erhöhungen oder die bessere Ausstattung der Kasernen, gehören auch ideologisch-symbolische Elemente zur Steigerung des Ansehens der „Armee im Einsatz“ an der Heimatfront, zur Integration und Verankerung des Militärs in der Gesellschaft zum Programm der Hardthöhe. Zusätzlich zum „Tag der Bundeswehr“ soll es in Zukunft „zeitgemäße, emotional ansprechende“ Ausstellungen an den Militärs-tandorten über deren Geschichte und einen „neuen, jährlich zu vergebenden Preis ‚Bundeswehr und Gesellschaft‘“ geben.

Rot-grün-schwarze Einheitsfront stützt Bundeswehrspektakel

Mit dem „Tag der Bundeswehr“ werden zahlreiche Vorhaben umgesetzt, die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD in puncto Verteidigungspolitik und Bundeswehrreform formuliert worden sind. Doris Wagner, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, empört sich zwar über die

Darbietung militärischen Geräts. Sie bekräftigte jedoch ihre Zustimmung zum Zweck des Projekts, „die Bundeswehr langfristig in der Gesellschaft zu verankern und jungen Menschen ein umfassendes Bild der Bundeswehr zu bieten“.

Für Disharmonie in der Einheitsfront des politischen Establishments sorgte lediglich Alexander Neu, Obmann im Verteidigungsausschuss für die Fraktion DIE LINKE. Er kritisiert: „Was die Bundeswehr bei all der Show bewusst verschweigt, sind (...) die Konsequenzen und Gefahren des militärischen Agierens Deutschlands in der Welt. Tod, Leid und Zerstörung werden mit buntem Spektakel zugedeckt, und mit subtilen Werbemethoden sollen der Bevölkerung Kriegseinsätze in aller Welt schmackhaft gemacht werden. Das ist zynisch und nicht hinnehmbar.“

Außerparlamentarische Proteste

An einigen Orten kam es zu Protesten gegen die konzertierte Aktion der Hardthöhe. In Flensburg hingen vier Antimilitaristen für kurze Zeit ein Transparent mit der Aufschrift „War starts here“ von der Takelage des Bundeswehr-Segelschulsschiffs „Gorch Fock“, während auf dem Gelände zeitgleich weitere AktivistInnen ein Banner mit der Aufschrift „Let’s stop it here“ hochhielten. In Berlin wurde der Showroom der Bundeswehr verbarrikadiert. In Bonn, Hannover, Leipheim, Leipzig und Wilhelmshaven machten AktivistInnen mit Kundgebungen und diversen Aktionen ihrem Unmut Luft. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie verurteilte den „Tag der Bundeswehr“ als „Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention“. Der Bund für Soziale Verteidigung forderte, „dass der ‚Tag der Bundeswehr‘ umgehend wieder abgeschafft“ werde. Das große mediale Echo insbesondere auf die kurzfristige Besetzung der Gorch Fock kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Friedens- und Antikriegsbewegung insgesamt keine angemessene Reaktion auf die Agit-Prop-Offensive des BMVg parat hatte. Im kommenden Jahr bietet ihr die Bundeswehr aber eine neue Chance. Ursula von der Leyen hat für den 11. Juni 2016 bereits den zweiten Tag der Bundeswehr angekündigt.

Christian Stache promoviert an der Universität Hamburg und ist Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI).

AGDF UND EAK

Keine Konzerte der Bundeswehr in Kirchen

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) kritisieren erneut die Konzerte der Bundeswehr in Kirchen, die gerade in der Adventszeit verstärkt stattfinden. In Schreiben aus Anlass des Antikriegstages (1. September) fordern die beiden evangelischen Friedensverbände die Kirchengemeinden auf, ihre Räume nicht für entsprechende Konzerte zur Verfügung zu stellen. „Wir wenden uns dagegen, dass die Kirchen eine Plattform bieten für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr“, unterstreichen AGDF-Vorsitzender Horst Scheffler und EAK-Bundesvorsitzender Dr. Christoph Münchow.

Wenn die Bundeswehr Konzerte in Kirchen durchführe, werbe sie damit zugleich auch für ihr militärgestütztes Sicherheitskonzept, befürchten die beiden Friedensverbände. „Sie nutzt dabei die besondere Ausstrahlung und Prägung

des Kirchenraumes für ihre Öffentlichkeitsarbeit und bedient sich des positiven Ansehens der Kirche in weiten Teilen der Bevölkerung“, kritisiert Münchow. Auch vermuten AGDF und EAK in solchen Konzerten eine Möglichkeit der Nachwuchsgewinnung für die Bundeswehr angesichts der zunehmend problematischen Personalsituation bei den Streitkräften.

AGDF und EAK regen darüber hinaus an, in den Kirchengemeinden, wo bereits solche Militärkonzerte stattgefunden haben, einen Diskussionsprozess über die Rolle des Militärs in der deutschen Politik und über das Verhältnis von Kirche und Militär zu führen sowie zur Frage, in welcher Weise die vorrangige Option für zivile, nicht militärische Konfliktlösungen in Kirchengemeinden und der Öffentlichkeit bekanntgemacht und diskutiert wird. „Wir brauchen eine kritische Auseinandersetzung aufgrund unterschiedlicher Sicherheitskonzepte“, betont Horst Scheffler.

Werben fürs Sterben

Klaus Pfisterer

Seit 1958 arbeiten die Jugendoffiziere in vielfältiger Weise an und mit den Schulen. Das ist eine zentrale, aber bei Weitem nicht ihre einzige Aufgabe. Die Jugendoffiziere arbeiten mit Kultusministerien, Schulbehörden und Landeszentralen für politische Bildung, in Hochschulen und Universitäten, mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Jugendorganisationen der Parteien, Institutionen, Organisationen und vielen weiteren Aus- und Weiterbildungseinrichtungen zusammen.

Kurzum: Sie sind in allen Bildungsbereichen präsent und versuchen starken Einfluss auf die Jugendlichen zu nehmen.

Kooperationsvereinbarungen

Seit 2008 haben die jeweiligen Wehrbereichskommandos der Bundeswehr mit den acht Kultusministerien in Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Sachsen sogenannte Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet, die den Jugendoffizieren einen exklusiven und privilegierten Zugang zu den Schulen gewähren.

Die Bundesregierung von CDU/CSU und SPD schreibt den Jugendoffizieren ebenfalls eine privilegierte Rolle zu. Im Koalitionsvertrag vom 27. November 2013 heißt es: „Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“⁽¹⁾

Zahlen

Im Jahr 2005 haben die Jugendoffiziere ihre Arbeit neu strukturiert. Es gibt seitdem 16 Bezirksjugendoffiziere, die als Mittelsmänner bzw. -frauen zu den Kultusministerien, Schulen und Bildungseinrichtungen fungieren. Ihnen stehen 94 hauptamtliche Jugendoffiziere zur Seite, die die Termine wahrnehmen. Im Jahr 2009 erfolgte die Berufung der ersten weiblichen Jugendoffizierin.

260 nebenamtliche Jugendoffiziere in den Verbänden der Bundeswehr unterstützen den hauptamtlichen Jugendoffi-

zier insbesondere bei der Durchführung von Besuchen bei der Truppe bzw. Tagen der Schulen in den Kasernen. Weitere 250 Jugendunteroffiziere sind vor Ort in der Kaserne der Ansprechpartner, der als „Praktiker“ den Schülerinnen und Schülern den Alltag in der Bundeswehr und die Ausbildung der SoldatInnen näher bringt.

Aufgabe der JugendoffizierInnen

Ihre Aufgabe ist es, auf Einladung durch die Schulen den Auftrag der Bundeswehr sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands zu erläutern. Es ist ihnen bei diesen Auftritten ausdrücklich untersagt, Werbung für den Dienst in der Bundeswehr zu machen. Dies geschieht jedoch indirekt durch ihr Auftreten in Uniform.

Die JugendoffizierInnen haben darüber hinaus ein weites Aufgabenfeld, wie sich aus dem Jugendoffiziersbericht 2014 ergibt. Hier wird ihre Tätigkeit wie folgt beschrieben:

„Der Jugendoffizier ist mit seinem Informationsangebot im weitesten Sinne in der politischen Bildung tätig. Er nimmt Stellung zu militärischen und sicherheitspolitischen Grundfragen im Sinne der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, verdeutlicht hauptsächlich der jungen Generation die Grundlagen des (seit 1. Juli 2011 freiwilligen) Wehrdienstes.

Dies geschieht in Form von Gesprächen, Seminaren, Vorträgen und Podiumsdiskussionen.

Weitere Themenbereiche können sein:

- » die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland,
- » die Einbindung Deutschlands in EU, NATO, OSZE und VN,
- » den deutschen Beitrag zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung,

- » die ethischen, moralischen und rechtlichen Grundlagen des soldatischen Dienens,
- » das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft,
- » den Sachstand, die Perspektiven und die Herausforderungen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr,
- » den Alltag in der Truppe sowie den laufenden Neustrukturierungsprozess der Streitkräfte.“⁽²⁾

In einigen Bundesländern sind die Jugendoffiziere in die Abiturvorbereitung einbezogen.

In Baden-Württemberg ist das Unterrichtsfach Sicherheitspolitik nicht mehr prüfungsrelevant für das Abitur, was einen starken Rückgang der Einsatzzahlen an Gymnasien zur Folge hatte.

Ausbildung

Alle JugendoffizierInnen werden in einem dreiwöchigen Grundlehrgang, hauptamtliche JugendoffizierInnen zusätzlich in einem dreiwöchigen Aufbaulehrgang und einem einwöchigen Vertiefungslehrgang mit den Schwerpunkten Sicherheitspolitik und Kommunikationstechnik auf ihre Tätigkeit vorbereitet. JugendunteroffizierInnen werden in einem zweiwöchigen Grundlehrgang ausgebildet.⁽³⁾

Grundlage der Ausbildung ist das Handbuch für Jugendoffiziere. Die JugendoffizierInnen sind zwischen 26 und 32 Jahren alt und die Dauer ihres Einsatzes beträgt in der Regel drei Jahre.

Kosten

Die Personalausgaben für die 94 JugendoffizierInnen betragen jährlich rund 4,6 Mio. Euro, bei den 425 KarriereberaterInnen sind es rund 23,3 Mio. Euro. Das Verteidigungsministerium gab 2014 für die Nachwuchswerbung zusätzlich 29,9 Mio. Euro aus. (4)

Einsatzzahlen

Im Jahr 2014 erreichten die JugendoffizierInnen in 5.520 Veranstaltungen insgesamt 161.515 TeilnehmerInnen. Ihr Angebot richtete sich an die Zielgruppen der SchülerInnen sowie der StudentInnen und an die Zielgruppe der MultiplikatorInnen, vor allem Lehrerinnen und Lehrer.

Von den 94 Dienstposten waren durch Vakanzen bis zu 17 Posten unbesetzt. Von dem zum Jahresende 78 besetzten Dienstposten waren zwölf mit Soldatinnen und vier mit Berufssoldaten besetzt.

Die Jugendoffiziere haben folgendes Ranking ihrer Veranstaltungen aufgelistet:

1. Der klassische Vortrag war die häufigste Veranstaltungsart. Bei 3.200 Vorträgen wurden 91.393 TeilnehmerInnen erreicht. Bei diesen Vorträgen stellen die JugendoffizierInnen auch ihre Auslandseinsätze vor und ermöglichen durch Liveschaltungen in Einsatzgebiete der Bundeswehr den SchülerInnen einen direkten Einblick in den Alltag des Soldatenlebens. Die Kriegswirklichkeit wird dabei oft ausgeblendet. Auch die Tatsache, dass viele SoldatInnen mit Posttraumatischen Belastungsstörungen zurückkehren, wird verschwiegen.

2. Ein- und mehrtägige Seminare. In 876 Veranstaltungen wurden 33.224 TeilnehmerInnen erreicht. Vor allem die 3-tägige Simulation „Politik und Internationale Sicherheit“, kurz POL&IS genannt, findet in Schulen großen Anklang. In der Simulation geht es um das Erleben, Gestalten und Verstehen von internationaler Politik. Die TeilnehmerInnen nehmen hier u.a. die Rolle eines Ministers ein und sind gefordert, ihre Region auf dem internationalen Parkett der Vereinten Nationen zu vertreten. Bei dem Seminar werden neben sicherheitspolitischen Inhalten auch Teamfähigkeit, Rhetorik, Kompromissfähigkeit und sicheres Auftreten geschult.

3. In 869 Informationsveranstaltungen wurden 5.434 Personen, vornehmlich Multiplikatoren erreicht.

4. Besuche bei der Truppe: Es konnten nur noch 259 Besuche bei der Truppe mit rund 10.000 TeilnehmerInnen durchgeführt werden. Eine Besonderheit ist der „Tag der Schulen“, bei dem mehrere hundert SchülerInnen mit Bundeswehribussen in eine Kaserne gefahren werden. Bei einer dieser Veranstaltungen im Müllheim, Baden-Württemberg, zeigte die deutsch-französische Brigade kriegsverherrlichende Szenen. Besonders zu kritisieren ist an diesen Veranstaltungen, dass oftmals die SchülerInnen von den LehrerInnen getrennt werden und damit dem Werben der SoldatInnen ausgesetzt sind.

5. Großveranstaltungen: Die Zahl der Großveranstaltungen hat sich mit 257 gegenüber dem Vorjahr (98) mehr als verdoppelt. Hierbei handelt es sich um Messen wie die „didacta“, Standort- und Landestagen der Bundeswehr oder Konzerte der Big Band der Bundeswehr.

6. Podiumsdiskussionen: Die Zahl der Podiumsdiskussionen hat sich mit 59 Veranstaltungen gegenüber dem Vorjahr (32) fast verdoppelt, ist jedoch vergleichsweise gering.⁽⁵⁾

Gegenüber den Hochzeiten der Jugendoffiziere Ende der 1980er Jahre, mit

jährlich 13.000 Veranstaltungen und fast 430.000 erreichten TeilnehmerInnen, nehmen sich die aktuellen Zahlen eher bescheiden aus.

SchülerInnen

Die JugendoffizierInnen stellen bei den SchülerInnen kein ausgeprägtes Interesse an Politik, insbesondere an Sicherheitspolitik fest. Es gebe wenig Grundlagenwissen bzw. ein lediglich oberflächliches Wissen. Die Kenntnisse an Gymnasien seien besser als in anderen Schulformen. Nur bei persönlicher Betroffenheit stellen sie ein erhöhtes Interesse fest. Dies gelte insbesondere für SchülerInnen mit Migrationshintergrund, die persönliche Erfahrungen in Krisenregionen gesammelt haben und häufig selbst von Flucht und Vertreibung betroffen waren. Die Allgemeine Wehrpflicht ist für die SchülerInnen bereits Geschichte. Die Möglichkeit des freiwilligen Wehrdienstes wird grundsätzlich positiv bewertet, ist in der Praxis aber eher keine Option. Es gebe nur wenig Interesse für den freiwilligen Wehrdienst. Das Interesse steige, wenn Ausbildungsoptionen oder berufliche Möglichkeiten bei der Bundeswehr angeboten werden.

ReferendarInnen

Eine sehr wichtige Zielgruppe der JugendoffizierInnen sind die ReferendarInnen. Mit den Kooperationsvereinbarungen sicherten sich die JugendoffizierInnen einen privilegierten Zugang zu den JunglehrerInnen. In Baden-Württemberg waren, auch unter der grün-roten Landesregierung, über viele Jahre hinweg Seminare mit JugendoffizierInnen Pflichtveranstaltungen. Erst auf massive Kritik seitens der Friedensbewegung wurden in Nordrhein-Westfalen 2012 die JugendoffizierInnen ganz aus der Referendarausbildung genommen und im August 2014 in Baden-Württemberg zumindest die Pflichtveranstaltungen abgeschafft.

Den JugendoffizierInnen geht es vor allem darum, frühzeitig Kontakt mit den angehenden Lehrerinnen und Lehrern aufzunehmen, um später regelmäßig in deren Unterricht eingeladen zu werden.

Hochschulen und Universitäten

In Hochschulen und Universitäten sind die JugendoffizierInnen in die Lehre eingebunden. An der Universität Erfurt wurde 2014 einem Jugendoffizier bereits zum sechsten Mal ein Lehrauftrag im „Studium Fundamentale“ erteilt.⁽⁶⁾ Zahlreiche weitere Universitäten und Hochschulen luden die Jugendoffiziere zu Vorträgen/Vor-

lesungen ein und führten Seminare mit ihnen durch. Nur einzelne Universitäten lehnten eine Zusammenarbeit ab und brieften sich dabei auf die Zivilklausel.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen

Mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gibt es nur wenige Kontakte und kaum gemeinsame Veranstaltungen. Vor allem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wendet sich offen gegen die zunehmende Militarisierung des Bildungsbereichs und hat in mehreren Bundesländern Beschlüsse zur Kündigung der Kooperationsvereinbarungen getroffen.

KarriereberaterInnen

Bei der Bundeswehr gibt es aktuell 425 KarriereberaterInnen (früher Wehrdienstberater). Sie arbeiten in Schulen, Ausstellungen, Berufs- und Bildungsmessen, in Jobcentern, in bundeswehreigenen Karriereberaterbüros. Während die JugendoffizierInnen den Landeskommmandos angehören, sind die KarriereberaterInnen in 16 Karrierecentern bundesweit beheimatet.

Bundesweit gibt es ca. 110 Karriereberaterbüros, die flächendeckend im gesamten Bundesgebiet zu finden sind. KarriereberaterInnen werben für den Dienst in der Bundeswehr. Sie kommen auf Einladung in Schulen, vor allem in Berufsschulen, Haupt- und Realschulen, um über die Berufsmöglichkeiten bei der Bundeswehr zu informieren und Werbung für den Dienst in der Armee zu machen. JugendoffizierInnen spielen oft den „Türöffner“ für die KarriereberaterInnen, da sie mit ihrem „seriösen und smarten“ Auftreten im Unterricht quasi als „Sympathieträger“ erscheinen. Die Tätigkeit von KarriereberaterInnen an Schulen wird durch keine der Kooperationsvereinbarungen erfasst.

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Juli 2011 muss die Bundeswehr ihren Nachwuchs anwerben. Dies geschieht in Schulen, auf Ausbildungsmessen, in Jobcentern etc.

Die offensive Werbung für den Dienst in der Armee obliegt den KarriereberaterInnen, das ist ihre zentrale Aufgabe. Dabei geht es zum einem um den freiwilligen Wehrdienst, der bis zu 23 Monate dauern und finanziell attraktiv sein kann, zum anderen um die Verpflichtung als Zeit- oder Berufssoldat. Vorgestellt werden dabei die verschiedenen Berufsausbildungs- bzw. Studienmöglichkeiten. Verschwiegen wird oftmals, dass man sich für einen Auslandseinsatz verpflichtet.



Demo der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ in Stuttgart 2013.
Foto : Renate Wanie

Einsatzzahlen

Im Jahr 2014 haben die KarriereberaterInnen bundesweit 8.100 Vorträge vor fast 140.000 SchülerInnen gehalten. Sie beteiligten sich an rund 1.000 Ausstellungen, Jobmessen, Projekttagen und ähnlichen Veranstaltungen auf Schulgeländen und erreichten dabei rund 185.000 SchülerInnen. Sie organisierten rund 340 Truppenbesuche im Klassenrahmen und erreichten damit ca. 11.500 SchülerInnen.

Sie organisierten rund 2700 weitere Truppenbesuche, an denen ca. 16.000 Jugendliche sowie 1.600 MultiplikatorInnen teilnahmen. Bei rund 1.000 Vorträgen in Jobcentern, Arbeitsagenturen und Berufsinformationszentren wurden rund 20.000 Personen erreicht. Zusammen sind das rund 375.000 Personen, in der Regel Jugendliche.⁽⁶⁾

Die KarriereberaterInnen treten in Schulen auf, bei denen ein Großteil der SchülerInnen unter 18 Jahre ist. Vor allem an Werkreal- und Realschulen sind sie oft sogar unter 16 Jahren.

Der Einsatz von KarriereberaterInnen an Schulen verstößt gegen die UN-Kinderrechtskonvention, die die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert hat und die die Werbung für den Kriegsdienst unter Kindern und Jugendlichen eindeutig verbietet. Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere, sondern bildet zum Töten und Zerstören aus.

Bewertung

Die JugendoffizierInnen und KarriereberaterInnen haben 2014 mehr als 530.000

Jugendliche erreicht. Sie nehmen massiven Einfluss auf die Jugendlichen, um die Sollstärke der Bundeswehr zu halten. Sie sind in allen Bildungsbereichen vertreten, insbesondere jedoch an Schulen sowie in der Fort-, Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen. Die acht Kooperationsvereinbarungen auf Länderebene rollen den Jugendoffizieren einen „Roten Teppich“ aus und sichern ihnen das Privileg der Meinungshoheit im Klassenzimmer. Werbung ist ihnen zwar ausdrücklich untersagt, geschieht jedoch indirekt durch ihr Auftreten in Uniform.

Die Einsatzzahlen der Jugendoffiziere in Schulen gehen seit Jahren zurück. Die Statistiken werden jedoch durch die Aufnahme neuer Veranstaltungsformen geschönt und vermitteln ein falsches Bild.

Die Werbeauftritte der KarriereberaterInnen werden durch keine Kooperationsvereinbarung erfasst, ihre Arbeit entzieht sich jeder Kontrolle. Ihre direkte Werbung unter Jugendlichen für den Dienst in der Bundeswehr verstößt, wie aufgezeigt, gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Die Ausgaben für die Werbemaßnahmen der Bundeswehr steigen von Jahr zu Jahr.

Auf Länderebene haben sich zahlreiche Bündnisse gebildet, die die Kündigung der Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerium und Bundeswehr fordern und die KarriereberaterInnen aus den Schulen verbannen wollen. Die bekanntesten sind die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“ in Baden-Württemberg

und „Schule ohne Bundeswehr“ in Nordrhein-Westfalen.⁽⁸⁾

In Baden-Württemberg gibt es einen Parteitagbeschluss der Regierungspartei Bündnis 90 / Die Grünen aus dem Jahr 2012 zur Kündigung der Kooperationsvereinbarung, der jedoch von Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) nicht umgesetzt wird. Die landesweiten Kampagnen benötigen weiterhin große Unterstützung, um die zunehmende Militarisierung im Bildungsbereich zu stoppen und die JugendoffizierInnen und KarriereberaterInnen aus den Bildungseinrichtungen zu verdrängen.

Anmerkungen

- 1 Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vom 23. 11. 2013.
- 2 Bericht der Jugendoffiziere 2014
- 3 Bericht der Jugendoffiziere 2014
- 4 Kleine Anfrage DIE LINKE, Bundestag Drucksache 18/4516
- 5 Jugendoffiziersbericht 2014
- 6 Jugendoffiziersbericht 2014
- 7 Kleine Anfrage DIE LINKE, Bundestag Drucksache 18/4516
- 8 www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de (Baden-Württemberg), www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de (Nordrhein-Westfalen)

Klaus Pfisterer ist Landessprecher der DFG-VK Baden-Württemberg und arbeitet als Sonderschullehrer. Er befasst sich seit 35 Jahren mit der Thematik und hat zahlreiche Beiträge zu diesem Thema veröffentlicht.

Jugendoffiziere

Die Schwierigkeit eines Jugendoffiziers mit dem Thema Afghanistan

Otmar Steinbicker

Wenn Jugendoffiziere vor Schulklassen sprechen, dann stehen sie vor verschiedenen Problemen. Eines davon ist der Widerspruch, dass sie offiziell keine „Werbung“ für die Bundeswehr machen dürfen, andererseits aber ein positives Bundeswehrbild vermitteln sollen. Ein Handicap für die Friedensbewegung ist, dass der Begriff „Werbung“ in diesem Fall nicht sauber definiert ist. Hier herrscht ein Grauzonenbereich vor ähnlich wie beim Begriff „Public Relation“ (PR), der bewusst zwischen Information und Werbung angelegt ist. PR dient Selbstdarstellungs- und damit letztlich Werbezwecken, auch wenn sie sich informativer Methoden bedient. Gerade bei der Kritik an Kooperationsverträgen zwischen Kultusministerien und Bundeswehr macht es Sinn, diese PR-Problematik deutlich zu thematisieren.

Friedensbewegte werden dabei eher geneigt sein, bereits die Vermittlung eines positiven Bundeswehrbildes als „Werbung“ zu definieren, während JugendoffizierInnen „Werbung“ eher als konkrete „Anwerbung“ von RekrutInnen verstanden wissen wollen. Solche konkreten Anwerbungspraktiken gibt es an Schulen in den USA, hierzulande ist mir so etwas nicht bekannt. Wenn es solche oder ähnliche Praktiken geben sollte, dann müssten sie möglichst konkret und öffentlich benannt werden.

Im vergangenen Jahr war ich von einem Gymnasium in Schwäbisch Gmünd zu einer Schulveranstaltung mit mehreren Oberstufenklassen eingeladen worden, gemeinsam mit einem Jugendoffizier und einem Friedensforscher. Die kritischen Schülerinnen und Schüler hatten aber bereits im Vorfeld ein konkretes Thema für die Diskussion benannt, die Bilanz des Afghanistankrieges.

Das war zweifellos ein heikles Thema für den Jugendoffizier. Angesichts eines verlorenen Krieges ein positives Bundeswehrbild zu zeichnen, war sicherlich eine kaum lösbare Aufgabe. Dagegen war mein Part, die positive Alternative einer politischen Friedenslösung für Afghanistan aufzuzeigen, die in Geheimgesprächen zwischen Talibanführern und ISAF-Offizieren im Sommer 2010 erarbeitet worden war, sicherlich der an-

genehmere. Das war auch dem Offizier bewusst. Er hatte sich gut informiert und meine Beiträge zur Thematik in aixpaix.de gelesen. Eine Kontroverse zu meiner Darstellung der Afghanistan-Problematik suchte er nicht.

Stattdessen versuchte er über die konkrete Problematik Afghanistan hinaus eher grundsätzlich ein positives Bundeswehrbild aufzuzeigen, in dem er die Bundeswehr als potenziell in aller Welt militärisch aktiv im Einsatz für Menschenrechte darstellte. Diese Konstruktion hatte allerdings ein deutliches Handicap. Sie konnte logisch nur auf der Annahme basieren, dass Militär Frieden schaffen kann.

Ich verwies daher auf ein Gespräch, das ich Jahre zuvor mit General Friedrich Riechmann geführt hatte, von 2001 bis 2004 erster Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr und in dieser Funktion Oberkommandierender für alle deutschen Auslandseinsätze. Er war bereits pensioniert, als ich ihm nach einem längeren Gespräch die Grundsatfrage stellte: „Kann Militär Frieden schaffen?“ Riechmann antwortete darauf schnell und präzise: „Nein, Militär kann keinen Frieden schaffen!“ Und er fügte hinzu: „Militär kann nur Zeit gewinnen, damit Politiker Frieden schaffen können.“ Selbstverständlich widersprach im Rahmen der Schulveranstaltung der Offizier nicht der Aussage des Generals.

Genau in dieser von Riechmann formulierten Problematik aber liegt die Achillesferse der Bundeswehr! Wenn diese nach eigener Definition nicht selbstständig Frieden schaffen, sondern lediglich der Politik militärische Machtmittel zur Verfügung stellen kann, dann ist bei internationalen Konflikten als erstes zu fragen, welchen Friedensplan die Politik hat! Erst wenn ein solcher politischer Friedensplan plausibel und überzeugend vorgelegt wird, kann sinnvoll über die Frage der anzuwendenden Mittel zur Umsetzung dieses Friedensplanes debattiert werden. Dann aber gibt es sehr viele mögliche Mittel jenseits der militärischen. Sollten Militärs in diesem Zusammenhang den Einsatz militärischer Mittel vorschlagen, dann wäre Friedensbewegung gefordert, andere, zivile Alternativen zur Konfliktbearbeitung in die Debatte zu werfen.

Gerade der Afghanistankrieg hat überdeutlich in der Praxis die Untauglichkeit der politischen Zielsetzung wie die Untauglichkeit der eingesetzten militärischen Mittel bewiesen. Über Militäreinsätze im politikfreien, luftleeren Raum zu debattieren, ist daher sinnlos, eine kritische Aufarbeitung des Afghanistankrieges dagegen unabdingbar.

Die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums hatten diese Problematik sehr gut verstanden.

Für die Friedensbewegung mag der Gedanke auf den ersten Blick ein wenig fremd sein, dass es eher die Politik ist, die auf Militäreinsätze drängt als das Militär selbst. Die Bundeswehr ist sicherlich daran interessiert, weiter zu bestehen und nicht abgeschafft zu werden. Dieses Interesse muss Friedensbewegung nicht teilen. Aber die Bundeswehr ist gerade auf dem Hintergrund des verlorenen Afghanistankrieges nicht daran interessiert, in sinnlose Abenteuer geschickt zu werden.

Daraus ergeben sich Widersprüche, über die sich nachzudenken lohnt. In der konkreten Diskussion mit Jugendoffizieren in Schulen lässt sich daran ansetzen.

Otmar Steinbicker ist Redakteur von aixpaix.de und vom FriedensForum.

Bundeswehr-Bilder an der Heimatfront

Michael Schulze von Glaßer

Filmproduktionen, die aktuelle Bundeswehr-Einsätze thematisieren, kommen nur schwerlich ohne die Unterstützung der Bundeswehr aus. Das deutsche Militär fördert aber nur größere Film-Projekte, die ihr für das eigene Interesse als sinnvoll erscheinen.

Egal ob in Büchern, Videospielen oder Filmen: Seit die Bundeswehr in immer mehr Auslandseinsätze zieht, wird sie auch in Unterhaltungsmedien zunehmend thematisiert. So auch im Sommer 2013 im Doku-Drama „Eine mörderische Entscheidung“ des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Darin wurde ein als „Kunduz-Massaker“ bekannter, vom Bundeswehr-Oberst Klein am 4. September 2009 befohlener Luftangriff auf zwei Tanklaster nahe der afghanischen Stadt Kunduz thematisiert. Bei dem Angriff wurden etwa 140 Menschen, darunter zahlreiche ZivilistInnen und auch Kinder getötet oder verletzt. Einen solchen Film ohne Unterstützung der Bundeswehr zu produzieren ist nicht einfach: Wie kommt man an Militär-Fahrzeuge, die durch das Bild fahren? Wie ahmen die SchauspielerInnen das Verhalten von SoldatInnen im Einsatz richtig nach? Um solche Fragen zu klären, greifen viele Film-ProduzentInnen auf Unterstützung durch die Bundeswehr zurück.

Im Jahr 2011 hat die deutsche Armee dadurch 127 Film- und Fernsehproduktionen unterstützt. Oft waren es nur fachliche Beratungen und Drehgenehmigungen, die von der Bundeswehr etwa für Dokumentationen oder Nachrichten-Sendungen erteilt wurden. In der Vergangenheit gab es aber auch schon ganz andere Film-Unterstützungen durch die Bundeswehr.

Bundeswehr-freundliche Filme

Im November 2007 lief der von der Bundeswehr unterstützte Film „Mörderischer Frieden – Snipers Valley“ des deutschen Regisseurs Rudolf Schweiger bundesweit in den Kinos an. Da die Bundeswehr den Film laut einer kleinen Bundestagsanfrage „als förderlich für die Darstellung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit bewertet“,

gab es umfangreiche staatliche Unterstützung. Neben einer militärfachlichen Beratung wurden Regisseur Schweiger zwei Recherchereisen in den Kosovo gewährt, wo er auf Routineflüge der deutschen Armee mitgenommen wurde. Außerdem stellte die Bundeswehr für den Film Rad- und Kettenfahrzeuge zur Verfügung, die auch in „Mörderischer Frieden“ zu sehen sind. In dem Film retten deutsche Soldaten bei einem Angriff auf einen Checkpoint eine junge Serbin. Es folgt eine Liebesbeziehung und die Jagd nach den Drahtziehern des Angriffs.

Auch der Spielfilm „Willkommen zuhause“ wurde von der Bundeswehr unterstützt. In dem 2009 in der ARD ausgestrahlten Film geht es um einen deutschen Soldaten, der nach seinem Afghanistan-Einsatz an einer „Posttraumatische Belastungsstörung“ (PTBS) leidet. Dabei verfolgte auch dieser Film ein klar politisches Ziel: „Intensiv und realistisch thematisiert das Drama die Überforderung eines jungen Soldaten, dessen Psyche mit den Erlebnissen im Krisengebiet nicht fertig wird. Und die Überforderung seiner heimatlichen Umgebung, die in ihrer friedlichen Alltäglichkeit nicht damit rechnet, sich mit Kriegsfolgen auseinandersetzen zu müssen. Der Ort Deidesheim [in dem der Film spielt] wird damit zu einem Spiegel der bundesdeutschen Gesellschaft, die Strategien für die Integration von traumatisierten Soldaten entwickeln muss“, heißt es in der Pressemappe der öffentlich-rechtlichen-Filmproduktion. In den Tagen nach der Ausstrahlung wurde PTBS bundesweit in den Medien thematisiert. Militärorganisationen wie der „Deutsche Bundeswehrverband“ trieben die Debatte durch Pressemitteilungen und einem Forderungskatalog weiter voran. Kurz darauf beschloss der Bundestag die

Einrichtung eines Zentrums zur Behandlung der psychischen Erkrankung für Soldaten – die Kampagne hatte Erfolg.

Zu kritisch, keine Unterstützung

Auf eine Kleine Anfrage im Bundestag, welches Ziel die Bundeswehr mit der Unterstützung von Filmproduktionen verfolge, antwortete die Bundesregierung 2009: „Medienvorhaben Dritter werden durch das BMVg [Bundesministerium der Verteidigung] und die Bundeswehr unterstützt, sofern das Projekt geeignet erscheint, einer breiten Öffentlichkeit objektive Informationen über die Bundeswehr zu vermitteln und das öffentliche Ansehen oder die Akzeptanz ihres Auftrages zu fördern. Dienstliche Belange dürfen den Unterstützungsleistungen nicht entgegenstehen.“ Der Verdacht, mit der Filmunterstützung werde versucht, die Öffentlichkeit zu beeinflussen und für die Bundeswehr zu werben, wird vehement bestritten: „Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, die öffentliche Meinung durch die Unterstützung von Filmprojekten zu beeinflussen.“

De facto bekommen allerdings nur der Armeegewogene Filmproduktionen Unterstützung – wie etwa das Beispiel des 2010 veröffentlichten Dokumentarfilm „Der Tag des Spatzen“ von Philip Scheffner zeigt. Im Film geht es um die Sichtbarkeit der deutschen Beteiligung an Kriegen wie etwa in Afghanistan und die Kritik an den Auslandseinsätzen. Trotz monatelangem Kontakt und einem Treffen im Verteidigungsministerium in Bonn wollte die Bundeswehr dem kritischen Regisseur weder Interviews mit Militärangehörigen noch Dreherlaubnisse für Militärübungsplätze genehmigen: „Es wurde uns deutlich gemacht, dass die Bundeswehr nicht in unserem Film auftauchen wollte, wenn es um ihr eigenes Selbstverständnis und ihre eigene Arbeit ging“, erklärt Philip Scheffner die ablehnende Haltung der Militärs. Nicht einmal an einem öffentlichen „Tag der offenen Tür“ durfte der Dokumentarfilmer drehen: „Die Ablehnung kam von der übergeordneten, politisch denkenden Stelle“, so Scheffner.

Auch für den öffentlich-rechtlichen „Kunduz“-Film „Eine mörderische Entscheidung“ gab es keine Unterstützung durch die Bundeswehr. Selbst für eine Stellungnahme war Bundeswehr-Oberst Georg Klein, der die „mörderische Entscheidung“ in Kunduz zu verantworten hat und trotzdem von der Armee zum Brigadegeneral befördert wurde, laut dem NDR nicht bereit. Das Militär verweigerte für die Filmproduktion jegliche Zusammenarbeit.

Bei der Unterstützung von Medien-Produktionen scheinen sich Bundeswehr und Verteidigungsministerium vor allem an ihren US-Pendants zu orientieren. Auch das US-Militär hilft nur bei Filmproduktionen, die ihr wohlgesonnen sind. Dazu lässt das US-Verteidigungsministerium auch schon mal Drehbücher umschreiben. Ein eigenes Büro in Hollywood kümmert sich mittlerweile um Anfragen von Filmproduzenten. Dabei kann heute kaum ein großes Filmprojekt, das aktuelle Militär-Einsätze thematisieren will, auf die Unterstützung des realen Militärs verzichten. Doch die Kooperation mit dem Militär geht mit Zensur einher. Militärkritische Filmproduktionen bekommen keine Unterstützung.

Forderung nach Transparenz

Die Bundeswehr ist sich der Wirkung bewegter Bilder bewusst und nutzt sie, um die eigenen Interessen – vor allem um Nachwuchs zu gewinnen und Zustimmung in der eigenen Bevölkerung zu erlangen – zu vertreten. Es überrascht zwar nur wenig, dass solch eine ausgewählte Filmförderung existiert, zwingt aber dazu, sich näher mit dem Thema zu befassen.

Der Ruf nach Transparenz muss daher lauter werden: zum einen, um sich überhaupt intensiver mit der Medienarbeit der Bundeswehr auseinandersetzen zu können, zum anderen aber auch, um die Bevölkerung über die einseitige Darstellung des Militärs in den Medien aufzuklären. In diesem Sinne fordert etwa der Düsseldorfer Publizist Peter Bürger in seinem 2006 mit dem Bertha-von-Suttner-Preis ausgezeichneten Buch „*Kino der Angst – Terror, Krieg und Staatskunst aus Hollywood*“ eine Kennzeichnungspflicht für Unterhaltungsprodukte, bei denen das Militär mitgewirkt hat. Dies „*müsste im Sinne eines demokratischen Verbraucherschutzes als Selbstverständlichkeit gelten*“.

Michael Schulze von Glaßer (*1986)

ist Politikwissenschaftler (M.A.),

freier Journalist, Beirat der Informationsstelle Militarisierung e.V. und Autor mehrerer Bücher über die Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr.

Unterhaltungsmedien

Computerspiele und Militarisierung

Jenny Becker



Die Computerspielbranche hat international inzwischen den gleichen Umsatz wie die Filmindustrie.⁽¹⁾ Das interaktive Element in Unterhaltungsmedien ist für die Hauptzielgruppen (junge Leute bis 40 Jahre, weiblich und männlich) so normal wie das so genannte Web 2.0, das „mitmach-web“. Kino ist zunehmend out, Filme werden gestreamt und das Gros der Computerspielprodukte wird online gespielt und abonniert.

Auch Spielfilme nutzen daher zunehmend Games-Elemente, um die Gamer als Filmzielgruppe mitzubedenien: etwa das Aufprallen von Faust/Baseballschläger/Gewehrkegel in Zeitlupe mit entsprechendem Einschlag und Auswirkung – langsamem Fliegen von Speichel/Blut/Gehirnmasse durchs Bild; oder auch die Darstellung in Zeitlupe besonders ästhetischer Bewegungsabläufe in Kampfsequenzen aus besonderer 3D-Perspektive und mit entsprechenden Sound-Effekten.

Insider sehen das Ende des Mediums Film zugunsten der Videogames nahen.

Die Filmindustrie wird schon immer als Propaganda-Kanal von Nationen genutzt und entsprechend vor allem von Verteidigungsministerien oder Militär, wenn auch intransparent, finanziell unterstützt.⁽²⁾ Jeder kennt entsprechende Produkte aus den USA, wo der Held – ein einsamer, glorreicher Soldat/Söldner/Gehheimagent sich unerschütterlich für seine Nation mit wahlweise Russen/Chinesen/irgendwelchen Nahost-Bewohnern oder „Jugos“ (Serben, Albanern, Kosovaren etc.) bekämpft. Es geht stets um die Verteidigung nationaler Sicherheitsinteressen.

Selbstverständlich wird das gut funktionierende Konzept zur Stärkung nationaler Einheitsgefühle durch Aufrechterhaltung gemeinsamer Feindbilder auf die Videogamebranche übertragen.

Ebenso wie neueste Militärentwicklungen oder -einkäufe in Hollywood-Blockbustern abgefeiert werden, gibt es diese militärischen sogenannten Product-Placements natürlich auch in Videogames. Und auch Narrative, die ein altgedientes Mittel in Medien generell zur Beeinflus-

sung der KonsumentInnen darstellen,⁽³⁾ werden entsprechend eingesetzt.

Gewaltdarstellung

Die Kritik in Deutschland in punkto Videogames bezieht sich primär auf die Darstellung von Gewalt, da die Gamer die Gewalt nicht nur anschauen (wie in einem Film), sondern virtuell selber ausführen (allen voran im First-Person-Shooter oder auch Ego-Shooter), und hier ein Abstumpfen oder eine Etablierung von Normalität gegenüber gewalttätigen Handlungen befürchtet wird.⁽⁴⁾

Die Darstellung von Gewalt ist nach Ansicht der Autorin nicht unterhaltsam, weder in Horror- oder Kriegsfilmern noch in Krimis und sollte kritisch wahrgenommen werden. Auch eine Gewalt-Ästhetik nach Tarantino, die inzwischen vielfach als Kunst und filmerische kulturelle Qualität aufgewertet wird, ist in ihren Augen kaum zumutbar, jedenfalls nicht im eigentlichen Sinne wertvoll. Somit sollte jede/r sich kritisch fragen, warum sie oder er Gewalt per se gerne anschaut, und das insbesondere mit Schutzbefohlenen diskutieren. Gewalt ist der Schlüssel zu kriegerischer Konflikt„lösung“. Nur wenn Gewalt als Mittel zum Zweck kritisch hinterfragt wird, können wir zu einer Stärkung gesellschaftlicher ziviler Bemühungen um Konfliktbearbeitung und Gerechtigkeit, um Solidarität mit Anderen und wirtschaftlichen Ausgleich mit entsprechender Verteilung von Gütern kommen. Entsprechend abzulehnen sind Formen von Gewalt wie unregulierte Wirtschaftsmacht, Politik für die Interessen Einzelner oder unterlassene Hilfeleistung für Menschen, die aus unzumutbaren Situationen wie Krieg und Hunger fliehen.

Im Videogame generell wie auch in unserer gesellschaftlichen Spielkultur geht es fast ausschließlich ums Gewinnen oder Verlieren und nicht um den Ausgleich zwischen allen Mitspielenden. Somit hat unsere Gesellschaft die Spiele, die sie verdient, und die wiederum auf die Gesellschaft einwirken. Hier wäre ein Neudenken und Neubewerten der Spielekultur generell vonnöten und eine Schaffung von Transparenz hinsichtlich der Subtexte in Spielen generell.⁽⁵⁾

Kooperation mit dem Militär

Doch zurück zur Analyse von militärischen Videogames. Neben der Bemühung von gewalttätigen Narrativen und Darstellungen von militärischen Produkten gibt es auch Kooperationen in die andere Richtung, wie etwa die Nutzung einer sogenannten 3 D-Engine (das ist der einem Spiel zugrunde liegende Spielmechanismus in Form von Code, Programm und Programmiersprache) durch die Bundeswehr. Diese verwendet die CryEngine einer Frankfurter Entwicklerfirma für das Drohnen-Pilotentraining.⁽⁶⁾ Michael Schulze von Glaßer beleuchtet die vielfältigen Kooperationen zwischen Videogamebranche und Militärs sowohl in seinem empfehlenswerten Aufsatz auf der Webseite der Informationsstelle Militarisierung von 2010 „*Militärspiele: Verbindungen zwischen dem Militär und der Videospiele-Industrie*“ als auch aktueller in seinem Buch „*Das virtuelle Schlachtfeld*“ von 2014. Die Publikationen sind sehr informativ, umfassend aufgearbeitet und mit zahlreichen Beispielen illustriert, die hier nicht noch einmal wiedergegeben werden müssen.

Alternativen

Letztlich interessant bleibt noch der Hinweis auf Versuche der Videogamebranche selber, Kriegsspiele kritisch, also mit anderen Subtexten versehen, zu produzieren: So gibt es Vorstöße vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (ICRC) zur Integration des humanitären Völkerrechts in Kriegsspiele. Das Töten von ZivilistInnen soll bestraft, der neutrale Status von ÄrztInnen und HelferInnen muss beachtet werden. Einige EntwicklerInnen haben sich die Nothilfe-Experten ins Haus geholt und haben Richtlinien in die Story und die Spielregeln integriert. Da es nicht auf Kosten des Spiels oder des Spielvergnügens ging, waren die Erfahrungen dieser Zusammenarbeit, wenn diese auch bisher noch überschaubar ist, eher positiv.⁽⁷⁾ Der deutsche Shooter „Spec Ops – The Line“

von Yager Developments aus Berlin wurde nach Vorlage von Coppolas „Apocalypse Now“ produziert. Man ging noch weiter und forderte den Spieler auf, sich und sein Tun angesichts des sinnlosen Tötens selber zu hinterfragen. Das funktioniert zwar, aber nicht im wirtschaftlichen Sinne – das Spiel bleibt ein Ladenhüter – es wird keine Fortsetzung geben.⁽⁸⁾

Empfehlung zum Selbststudium:

Für Einsteiger: Schulze von Glaßer, Michael: *Das virtuelle Schlachtfeld* (Köln 2014, Neue kleine Bibliothek 199, Papyrossa Verlagsgesellschaft).

Für Fortgeschrittene: WASD Magazin Ausgabe 2: „Select System: Games und Politik“. Erhältlich hier: <https://wasd-magazin.de>

„Games ‘n Politics“ – Video-Blog desselben Autors über politische Inhalte in Videospiele: <https://www.youtube.com/user/gamesandpolitics>

Die Diskussion „Kriegsspiel oder Antikriegsspiel?“ Auf dem Blog GamersGlobal <http://www.gamersglobal.de/forum/62833/kriegsspiel-oder-antikriegsspiel>

Anmerkungen

- Schulze von Glaßer, Michael: *Militärspiele: Verbindungen zwischen dem Militär und der Videospiele-Industrie*. In: Informationsstelle Militarisierung 2010, <http://www.imi-online.de/2010/12/09/militaerspiele/>, mit weiteren Nachweisen.
- Ebd. Siehe auch seinen Artikel in diesem Heft.
- Barth, Thomas: *Militarisierung durch Think Tanks – Ein Interview mit Thomas Bauer*. In: Heise Online 2014, <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43596/1.html>

- Reger, Otto: *Hinterlässt das Spielen Spuren?* In: Journalistenakademie 2007, <http://www.journalistenakademie.de/dossierbeitrag.php?b=1049>, mit weiteren Nachweisen.
- Talk der Autorin auf der diesjährigen re:publica in Berlin <https://re-publica.de/session/subtexte-videogames-talk-workshop>
- Mickan, Thomas: *Rezension: Das virtuelle Schlachtfeld – Computerspiele, Machtkonstellationen und das Militär*. In: Informationsstelle Militarisierung 2014, <http://www.imi-online.de/2014/06/05/rezension-das-virtuelle-schlachtfeld-computerspiele-machtkonstellationen-und-das-militaer/>
- Dürr, Benjamin: *Kriegsspiele: Virtuelle Strafen für virtuelle Kriegsverbrechen*. In: Die Zeit vom 11. Oktober 2013, <http://www.zeit.de/digital/games/2013-10/rotes-kreuz-kriegsspiele-games-voelkerrecht-genfer-konventionen>
- Rittmann, Tim: *Spec Ops: The Line – Töten soll keinen Spaß machen*: In: Die Zeit vom 29. Juni 2012, <http://www.zeit.de/digital/games/2012-06/spec-ops-the-line>; Peschke, André: *Keine Käufer für kluge Spiele – Keine Chance für Spec Ops: The Line 2*. In: GameStar 2014, http://www.gamestar.de/spiele/spec-ops-the-line/artikel/kein_geld_fuer_kluge_spiele,45733,3058059.html

Die Juristin und Friedensforscherin **Jenny Louise Becker**, 36, ist Gründerin des EN-PAZ e.V. – Friedensbildung für Schulen und hat ehrenamtlich vier Planspiele für Friedensbildung in Schulen mitentwickelt, die über die Webseite <http://en-paz.de> kostenlos erhältlich sind. Sie studiert jetzt an der Medizinischen Hochschule Brandenburg Medizin mit dem Ziel, Landärztin zu werden und medizinische Nothilfe in internationalen Konflikten leisten zu können.



Demo der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ in Stuttgart 2013.
Foto : Renate Wanie

nen Bewegungen. Und neben der direkten Infragestellung der uns auferlegten militaristischen Ideologie müssen wir auch daran arbeiten, eine wirklich friedliche und sichere Welt zu schaffen.

Dieser Artikel beschreibt ein paar Beispiele antimilitaristischer Arbeit, die das Netzwerk für direkte Friedensaktionen, Ofog, in Schweden geleistet hat. Diese Arbeit ist oft gegen Rekrutierung ausgerichtet.

Workshop für Hochschulklassen

Da die Hauptzielgruppe des Militärs für die Rekrutierung die 15- bis 25-Jährigen sind, sind HochschulstudentInnen für Ofog eine wichtige Gruppe. Wir haben einen Workshop organisiert, um Krieg und Militarismus zu diskutieren, der hauptsächlich an Hochschulklassen gerichtet war, aber auch an andere Zielgruppen der militärischen Rekrutierung. Selbstverständlich ist eines der Ziele des Workshops, der Rekrutierung zu kontern, aber er erhöht auch das kritische Bewusstsein hinsichtlich Krieg und Militarismus im allgemeinen. Durch das Veranstellen dieser Workshops wurde uns ganz klar, dass junge Leute nur wenig Möglichkeiten haben, die notwendigen Informationen einzuholen, um gut informiert die Wahl für oder gegen den Eintritt in die Armee zu treffen oder auch nur zu wissen, was sie von der Armee halten sollen und was sie da wirklich tun. Wir möchten jungen Leuten einen Raum für Diskussionen darüber geben, was Frieden und Sicherheit für sie bedeuten, was sie brauchen, um sich sicher zu fühlen und wie sie über die Armee denken.

Gender und Militarisierung

Die Notwendigkeit einer Queer-Perspektive

Cattis Laska und Hanns Molander

Militarismus – das ist nicht nur ein Krieg, eine Armee oder ein Kampfflugzeug. Militarismus ist ein System, eine Logik und einen Satz von Werten, die ständig unsere Gesellschaften und unseren Alltag umgestalten. Queer-Machtanalyse ist ein politisches Werkzeug, mit dessen Hilfe wir diese Normen angehen können und damit auch den Militarismus.

Die militaristische Ideologie ist tief im heterosexistischen System verwurzelt, das soziale Normen für Gender/Geschlecht und Sexualität bildet. Militarismus, genauso wie die Gesellschaft im allgemeinen, basiert auf der Konstruktion und der Annahme von zwei gegensätzlichen Geschlechtern – eines (weiblich), das Schutz braucht, und eines (männlich), das Schutz gibt – und deren gegenseitige Abhängigkeit und Attraktion. Militarismus definiert Männlichkeit als machtvoll und aggressiv und Weiblichkeit als demütig und passiv und reproduziert somit die Konstruktion von Gender/Geschlecht.

Heterosexismus schließt auch die Annahme ein, dass die meisten Leute heterosexuell und dass heterosexuelle Beziehungen „normal“ und deshalb besser seien. Diese Vermutungen und Vorurteile hinsichtlich Gender/Geschlecht und Sexualität wurden und werden verwendet, um LGBT-Leute (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle), die die Legitimität dieser Normen in Frage stellen, zu diskriminieren und zu kriminalisieren. Um den Militarismus wirklich anzugehen, müssen wir die Gender- und Sexualitätsnormen in Frage stellen, sowohl in der Gesellschaft als Ganzer als auch innerhalb unserer eige-

Stockholmer Pride Festival

Das Militär sowohl in Schweden als auch in vielen anderen Teilen der Welt benutzt zur Zeit LGBTQ- (Lesben-Schwulen-Bisexuelle-Transsexuelle-Queer-) Gemeinschaften, um ihre Aktivitäten zu legitimieren. Mit einem (falschen) öffentlichen Bild einer „modernen“ und „offenen“ Armee versuchen sie, Akzeptanz für Militarismus und militärische „Lösungen“ zu schaffen. Es ist sehr wichtig, sich gegen diese „Rosa-Schönfärberei“ durch die Armee zu organisieren – sich zu verweigern, zur Legitimierung von Tod und Zerstörung verwendet zu werden. Zusammen müssen wir zeigen, dass nur eine antimilitaristische Welt eine wirklich sichere Welt für LGBTQ-Leute und andere ist.

Die schwedischen Streitkräfte nahmen an dem Stockholm Pride Festival 2011 mit dem Slogan teil „Offenheit – Teil unserer Realität“. Das war Teil ihrer Re-

rutierungskampagne „Willkommen in unserer Realität“, in der sie sich selbst als herausfordernden, aufregenden und offenen Arbeitsplatz beworben haben. Vor ihrem Zelt im „Pride Park“ veranstaltete Ofog ein Die-in mit einem Transparent „Eure Realität tötet“. Damit wollten wir deren wahre Realität zeigen: Krieg und Tod. Wir haben ihr Zelt auch für einige Stunden blockiert und sie somit vom Rekrutieren abgehalten. In der Pride-Parade, die den Abschluss des Price-Festivals bildet, marschierte die Organisation für LGBT-SoldatInnen in Armeeuniformen neben einem großen Lastwagen mit dem Slogan „Offenheit – Teil unserer Realität“. Wir gingen während der ganzen Parade neben ihnen her und hielten Sprechblasen hoch: „Meine Arbeit tötet“, „Ich kann genauso gut töten wie heterosexuelle Soldaten“ und „Ich gehe hier zur Verteidigung der Menschenrechte, während meine Arbeit die Verletzung anderer Leute Menschenrechte darstellt“.

Fazit

Wir müssen darüber diskutieren, was wir als Teil des antimilitaristischen Kampfes betrachten, wie „andere“ Themen (einschließlich Heterosexismus, aber auch z. B. Rassismus oder Diskriminierung von Behinderten) innerhalb der antimilitaristischen Bewegung angesprochen und wie sie integriert werden können. Wir müssen auf die Verwendung von Begriffen durch das Militär antworten, die mit dem Militär inkompatibel sein sollten, da sie auf den Menschenrechten basieren (zu denen das Militär fundamental im Widerspruch steht). Und wir müssen Wege finden, um die Mitglieder jener Gruppen zu erreichen, die in der Gefahr stehen, rekrutiert zu werden.

Die Kämpfe gegen unterdrückende Strukturen auf der Basis von Geschlecht und Sexualität sind im Kampf gegen Militarisierung wichtig. Demzufolge müssen wir unsere Arbeit gegen Heterosexismus, Transphobie und Patriarchat in unseren eigenen Bewegungen und im Rest der Gesellschaft fortsetzen. Und wir brauchen eine queere Perspektive, nicht als ein „Extra“, sondern als eine, die unsere antimilitaristische Arbeit durchzieht.

Übersetzung: Inge Dreger. Der Text wurde der Website <http://antimili-youth.net/> entnommen und leicht redaktionell gekürzt.

Cattis Laska und Hanns Molander sind AktivistInnen der schwedischen Gruppe Ofog.

Aktionen gegen Bundeswehrausstellungen

Töten ist kein Beruf

Thomas Haschke

Es gibt fast keine Ausbildungs- und Jugendmesse in der Bundesrepublik, auf der die Bundeswehr nicht präsent ist. Dies scheint nötig, um den Bedarf an Soldatinnen und Soldaten zu decken: Jedes Jahr braucht die Armee 60.000 Bewerbungen für die 20.000 zu besetzenden Stellen, um die militärischen Aufgaben weltweit zu erfüllen – das sind 10 Prozent jedes Jahrgangs.⁽¹⁾ Diesen Umfang schafft die Bundeswehr trotzdem nicht zu erreichen.

Zurzeit suchen die RekrutiererInnen vor allem Mannschaftsgrade bei der Marine und im Sanitätsdienst.⁽²⁾ Dank ihrer massiven Nachwuchswerbung 2014 mit einem Etat in Höhe von 29,9 Millionen Euro⁽³⁾ konnten sie letztes Jahr erstmals über 10.230⁽⁴⁾ junge Menschen für den freiwilligen Wehrdienst (FWD) werben. Die Armee hinkt ihren reduzierten Sollzahlen von 12.500 immer noch hinterher, und das ist auch gut so. Davon brachen zudem noch 23 Prozent den Wehrdienst in den ersten sechs Monaten ab, nur 20 Prozent der FWD wollen sich vielleicht danach bei der Bundeswehr bewerben (laut BW Studie 2012).⁽⁴⁾ Die Kosten der Nachwuchswerbung sollen dieses Jahr auf 35,3 Millionen Euro Steuergeld⁽³⁾ noch einmal steigen. Damit ist die Bundeswehr der „Arbeitgeber“, der in der BRD das meiste Geld für seine Nachwuchswerbung ausgibt und mit die höchsten Abbruchquoten hat.

Was macht die Bundeswehr am Stand?

Im letzten Jahr beteiligten sich die Karriereberater und Jugendoffiziere auf über 1800 Messen und Ausstellungen⁽⁵⁾ und erreichten somit fast jede/n SchülerIn. Meist ist der Stand der Bundeswehr einer der größten und personell am stärksten besetzten Stände auf der Messe. So konnte ich schon erleben, dass auf den Ausbildungsmessen die Standbesetzung der Armee die doppelte Stärke hatte wie die anderer Firmen. An vielen Schulen gibt es für Besuche von Ausbildungsmessen unterrichtsfrei. Bedingung ist ein Nachweis, dass man bei Firmen ein Berufsorientierungsgespräch geführt hat. Dass junge Menschen bei so einer Bewerbungsgesprächssuche mitunter schüchtern sind, spielt den geschulten RekrutiererInnen in die Hände. Sie spre-

chen wie letztes Jahr auf der Vocatium in Stuttgart gezielt Schülerinnen und Schüler an, die am Stand vorbeilaufen. So kommt die Bundeswehr 2014 auch auf 393.000 Gesprächskontakte.⁽³⁾

Was tun?

In den letzten Jahren nahm der Widerspruch gegen die Bundeswehr auf Bildungsmessen zu. Ich möchte nun darauf eingehen, wie vielfältig der Protest dagegen sein kann. Ich bin froh, dass ich nicht auf alle Protestformen eingehen kann, weil diese sehr vielfältig sind.

Ein paar Beispiele, was Institutionen tun können:

Terres des hommes protestiert regelmäßig gegen Militärwerbung an Kindern⁽⁵⁾ und fordert zu Recht die Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention und ihrer Zusatzprotokolle, die ein Anwerben von 17-Jährigen untersagt. Deutschland wurde auch dieses Jahr von der UN wieder dazu aufgefordert, dies umzusetzen. Auch in Kommunen können Stadträte, die meist mit in Aufsichtsräten bei den Kommunalen Messe GmbHs sitzen, Sand ins Rekrutierungsgetriebe streuen. So erreichte die Linksfraktion in Bochum 2013, dass die Bundeswehr auf der Bildungsmesse zumindest nur für zivile Berufe werben durfte – dies aber nicht einhielt. Noch wichtiger jedoch sind die Diskussionen und Aktionen, die der Antrag auslöste.⁽⁶⁾ Die DFG-VK Baden-Württemberg schrieb 2014 einen Protestbrief an die Bertha-von-Suttner-Realschule Stuttgart, die mit der „local Career“ eine lokale Jobmesse mit allen Schulen des Bezirkes veranstaltete und die Bundeswehr dazu eingeladen hatte. Dank dieses kleinen Protests meldete der Direktor der Schule, dass es bei der nächsten Messe keinen Bundeswehrstand mehr gibt.

Viele lokale Friedens- und antimilitaristische Gruppen organisieren regelmäßig Proteste gegen das Werben fürs Sterben auf Bildungsmessen. Diese Messen bieten auch lokal immer ein Aktionsfeld, um gegen Krieg und Militarismus zu protestieren. Die Kreativität bei den Aktionen ist sehr vielfältig. Auch nur zu zweit kann man eine gute Aktion vor Ort durchführen, z. B. Flyer verteilen. Der aktuelle Bericht des Wehrbeauftragten des Bundestages liefert genug Beispiele für einen Flyer, der zeigt, wie unattraktiv die Bundeswehr ist. Bundeswehr-Stände wurden schon mit Transparenten, Plakaten, Farbe ... verschönert.

Die Vielfältigkeit der Aktionen zeigt sich auch zum Tag der Bundeswehr, am 13. Juni 2015. In Flensburg wehte ein Antikriegstransparent mit der Aufschrift „War starts here“ (Krieg beginnt hier) an der Gorch Fock; in Bonn gab es eine Flashmobaktion; in Berlin wurde das Rekrutierungsbüro im wahrsten Sinne des Wortes zugemauert; zudem fanden an den meisten der Bundeswehr-Veranstaltungsorte Mahnwachen oder Kundgebungen statt.

Beispiele aus Stuttgart

Ich möchte nun ein paar Aktionen der letzten Jahre aus Stuttgart vorstellen. Auf der letzten Didacta 2014 in Stuttgart organisierte das Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr“ an zwei Tagen eine Mahnwache vor der Messe. An einem Tag organisierten AktivistInnen vom Offenen Treffen gegen Krieg und Militarisierung Stuttgart (otkm) die Flashmobaktion „Tatort Bundeswehr“, wo bis zum Eintreffen der Messe-Security der Stand der Bundeswehr als Gefahrengebiet abgesperrt wurde. Dabei wurden eine Rede gehalten und Flyer verteilt. Bei anderen Messen zeigten wir vom otkm mit ausgestellten Leihentüchern und Transparenten, was der Beruf des Soldaten für Konsequenzen haben kann: getötet oder zum Mörder zu werden. Leider mussten wir uns auch noch andere Aktionsformen einfallen lassen, da die Securitykräfte immer zahlreicher bei der Bewachung der Bundeswehrstände wurden. Das zeigt aber auch schon, dass unser Protest nicht erfolglos ist. Bei den Bewachungskosten muss die Bundeswehr jedes Jahr mehr Geld ausgeben: 2013 schon 146.000 Euro. Außerdem setzt sie zur Ermittlung von Protesten an den Ständen auch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) ein, dies kam bei einer Anfrage der Linken nach einem Artikel in der Bundeswehrzeitung „Y“ heraus. Der MAD arbeitet dabei schlecht, denn nicht alle Proteste werden registriert.⁽⁷⁾

Wir überlegten uns letztes Jahr, was wir kreativ den großen Ständen der Bundeswehr entgegensetzen können und kamen auf die Idee, Luftballons mit dem Spruch „Bundeswehr raus aus Schulen und Messen – Krieg beginnt hier“ zu bedrucken und auf Kundgebungen vor Messen zusammen mit Aufklärungsflyern zu verteilen. Damit kamen / kommen wir nicht nur gut mit SchülerInnen und LehrerInnen ins Gespräch, sondern auch mit anderen Firmenausstellern, die die Bundeswehr störend auf der Messe finden. Gerne kann ich Vorlagen für die Luftballons zu Verfügung stellen.

Dies sind nur ein paar kleine Anregungen für Euch, um vor Ort Aktionen zu planen und durchzuführen. Dafür wünsche ich Euch viel Erfolg.

Bundeswehr raus aus Messen!

Quellen:

- 1 <http://www.bundeswehr.de> Artikel vom 23.02.15. Frank Bötzel, Aktiv. Attraktiv. Anders. – Parlamentarischer Endspurt für das Artikelgesetz

- 2 http://www.focus.de/regional/ulm/verteidigung-von-der-leyen-will-mehr-militaerische-zusammenarbeit-in-europa_id_4835715.html
- 3 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/045/1804525.pdf>
- 4 <http://www.n-tv.de/politik/Bundeswehr-lockt-immer-mehr-Rekruten-article14609606.html>
- 5 <http://www.tdh.de/was-wir-tun/themen-a-z/bundeswehr-an-schulen/meldungen/protestaktion-gegen-militaerwerbung.html>
- 6 <https://www.youtube.com/watch?v=BX2TaUmZY4k>
- 7 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/023/1802325.pdf>

Thomas Haschke, 42 Jahre, aktiv beim Offenen Treffen gegen Krieg und Militarisierung Stuttgart (otkm), der DFG-VK Stuttgart und der Linken LAG Frieden BaWü.

WAR RESISTERS' INTERNATIONAL

Internationale Aktionswoche gegen die Militarisierung der Jugend

Die WRI organisiert in diesem Jahr die 2. Internationale Aktionswoche gegen die Militarisierung der Jugend vom 14. bis 20. November. Die Woche ist eine vereinte Anstrengung von AntimilitaristInnen der ganzen Welt, um Aufmerksamkeit darauf zu lenken und zu kritisieren, wie junge Menschen militarisiert werden, und die Stimme für Alternativen zu erheben.

Die erste internationale Aktionswoche im vergangenen Jahr hatte als Hauptschwerpunkt die Themen Bildung und Forschung. (Siehe <<http://antimilitaryyouth.net/articles/2014/11/report-week-action-military-free-education-and-research>>.) Viele Gruppen in verschiedenen Ländern, darunter Kanada, Deutschland, Südkorea, Spanien, den USA, Israel und Großbritannien waren aktiv, um das Ende der Rolle des Militärs in Bildung und Forschung zu fordern. In diesem Jahr erweitern wir unser Thema von Bildung auf alle anderen

öffentlichen Räume, wo wir militärisches Engagement mit jungen Menschen sehen.

Was kannst Du tun?

Organisiere Deine eigene gewaltfreie Aktion als Teil der Aktionswoche für militärfreie Bildung und Forschung! Berichte uns, was Ihr vorhabt (direkte Aktionen, öffentliche Foren, Reden, Filme, Online-Kampagnen, etc.). Wenn die Aktion öffentlich ist, werden wir die Information verbreiten. Du bist unsicher, was man machen könnte? Kontaktiere uns und wir können Aktionsideen mit Dir diskutieren oder Kontakt zu anderen Leuten/ Gruppen in Deinem Land herstellen, die schon Pläne haben. Schau auch unter <http://antimilitaryyouth.net/articles/2014/11/report-week-action-military-free-education-and-research> für Beispiele von der letzten Aktionswoche im vergangenen Jahr.



Foto : War Resisters' International

War Resisters' International

CMoY – Ein Kürzel für ein ganzes Programm

Semih Sapmaz

Die Arbeit gegen die Militarisierung der Jugend (englisch: *Countering the Militarisation of Youth – CMoY*) ist das jüngste der drei Programme der War Resisters' International (WRI).⁽¹⁾

Unser Hauptziel in dem Programm ist, die Arten und Weisen zu identifizieren, wie militärische Werte für junge Menschen in aller Welt als normal und unterstützenswert dargestellt werden. Wir fragen: Was sind die Bedingungen und Mechanismen, die Kriege und militärische Werte normalisieren? Wie wird die materielle und moralische Unterstützung für militärische „Lösungen“ aufrechterhalten? Welche Verbindungen und Gemeinsamkeiten können wir in den Prozessen in verschiedenen Teilen der Welt finden, wie Jugend militarisiert wird? Wie können wir Bande internationaler Solidarität knüpfen? Motiviert durch diese Fragen, will das Programm eine Plattform für AktivistInnen sein, die gegen die Militarisierung der Jugend arbeiten, wo sie ihre Erfahrungen austauschen und voneinander lernen können. Die Plattform, die wir anstreben, ist ein Raum für den Austausch von Ideen und für Solidarität, um die Bedingungen

zu beseitigen, die junge Menschen dazu bringen, sich an Kriegen zu beteiligen.

Das Engagement der Jugend ist eine notwendige Bedingung für die Aufrechterhaltung von Krieg. Ein Krieg kann nicht ohne eine genügende Zahl an Menschen geführt werden, die sich an ihm direkt beteiligen, und ohne die moralische Unterstützung der weiteren Bevölkerung, die ihn als normal ansieht und zustimmt. Deshalb ist die Kritik an den Bedingungen dieses Engagements ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Kein Krieg kann ohne neue RekrutInnen stattfinden.

Mit dieser Idee im Kopf haben wir zuerst 2012 eine internationale Konferenz in Darmstadt organisiert und die Ergebnisse in einem Buch veröffentlicht.⁽²⁾ Im Juni 2013 haben wir Gruppen und AktivistInnen unterstützt, die an dem ersten „Internationalen Aktionstag für Militärfreie Bildung und Forschung“ teilnahmen. Diesem folgte vom 25. – 31. Oktober 2014 die erste

„Aktionswoche für Militärfreie Bildung und Forschung“. Wir haben jetzt schon die Vorbereitungen für die diesjährige Woche begonnen, die vom 14. bis 20. November 2015 stattfinden wird.

Im August 2014 haben wir eine neue Website speziell zum Thema der Militarisierung der Jugend geschaffen (www.antimili-youth.net), wo man verschiedene Informationen finden kann. www.antimili-youth.net ist auch ein interaktives Tool für AktivistInnen, wo sie ihre eigenen Ressourcen und Informationen einbringen können. Es geht darum, sich darüber auszutauschen, wie junge Menschen in Kontakt mit dem Militär kommen und wie die Militarisierung in den verschiedenen Ländern angegriffen werden kann.

Wir rufen alle AktivistInnen, die denken, dass ihre Arbeit mit diesem Thema zu tun hat, auf, mit uns in Kontakt zu treten und ihre Erfahrungen zu teilen. Krieg ist nicht notwendig und war es nie. Es ist unsere Aufgabe, die Jugend davon zu überzeugen!

Anmerkungen

- 1 Die anderen beiden sind „Gewaltfreiheit“ und „Das Recht, das Töten zu verweigern“
- 2 Siehe unsere Publikation „Sowing Seeds: The Militarisation of Youth and How to Counter It“, Hrsg. Owen Everett, auf unserer Website www.antimili-youth.net.

Semih Sapmaz ist der Verantwortliche für das CMoY-Programm bei der WRI. Übersetzung aus dem Englischen: Christine Schweitzer. Der Artikel erschien bereits im Rundbrief 2/2015 des Bund für Soziale Verteidigung.



Lernen für den Frieden.
Foto: BSV

Friedensbildung ist Ländersache

Überblick zur Lage der „Schule der Nation“

Kai-Uwe Dosch

Am Anfang der neueren Bewegung zu Friedensbildung, Bundeswehr und Schulen standen die Kooperationsvereinbarungen zwischen den Bundeswehr-Behörden und den Schul-Ministerien der Länder, denn Schulen sind eine Sache der Länder. Solche Kooperationsvereinbarungen wurden geschlossen zwischen Oktober 2008 und Dezember 2010 in Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Sachsen. Hintergrund der Vereinbarungen waren die Aussetzung der Wehrpflicht, die Verstärkung der Auslandseinsätze und die damit verbundene Werbung von Freiwilligen. Dadurch erhielt die Bundeswehr nicht nur einen besseren Zugang zum Schulunterricht selbst, sondern auch zur LehrerInnenaus- und -weiterbildung.

Die Bewegung gegen diese Kooperation verfolgte seit ihrem Beginn zwei Ziele: Bundeswehr raus aus der Bildung und Friedenspolitik rein in die Bildung. Für die einen widersprechen sie sich nicht, für die anderen schon: Einige Gruppen suchen Zugang zu Schulen und fürchten, dass ein Ausschluss der Bundeswehr auch einen Ausschluss der Friedensbewegung aus den Schulen zur Folge haben würde. Andere Gruppen lehnen eigene Auftritte im Unterricht ab, solange die Vereinbarungen mit der Bundeswehr nicht gekündigt sind, um deren Auftreten nicht zu rechtfertigen.

Darum sind auf Ebene der Bundesländer nicht immer einfache und nicht immer einheitliche Bündnisse oder Netzwerke antimilitaristischer und pazifistischer Gruppen entstanden. Die wichtigsten Friedensbildungs-Netzwerke sind die in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie in Mitteldeutschland (neu gegründet im Januar 2015 und Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen umfassend) und Norddeutschland (Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern einschließend).

Erste Erfolge

Erste Ergebnisse der Arbeit dieser Netzwerke bestanden darin, dass manche Länder anders als von der Bundeswehr geplant entweder gar nicht (z. B. Bremen) oder nur verzögert und abgeschwächt (z. B. Mecklenburg-Vorpommern) Kooperationen geschlossen haben. Eine kleine zweite Welle des Erfolgs ergab, dass manche Länderministerien den Anstoß zur Änderung dieser Kooperationsvereinbarungen gegeben haben. Das war der Fall im Saarland 2011, Nordrhein-Westfalen 2012 und zuletzt Baden-Württemberg 2014. Ausgelöst haben diese Änderungen der Kooperation jeweils Wechsel der Regierungskoalitionen. Die Tendenz ging dahin, friedenspolitische Positionen im Unterricht formal zu stärken sowie den Zugang zur LehrerInnenaus- und -weiterbildung wieder auszunehmen.

Parallel sollte auch auf verschiedenen Wegen in verschiedenen Ländern die friedenspolitische Bildung strukturell gestärkt werden. Ein erster, umstrittener und darum niemals wiederholter Versuch war schon 2011 in Rheinland-Pfalz eine eigene Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bildungsministerium und dem Netzwerk Friedensbildung. In Nordrhein-Westfalen hat das Schulministerium auf Forderung des Netzwerks, doch ohne Vereinbarung mit diesem, einen Erlass zur Beteiligung von VertreterInnen der Friedensbewegung im Unterricht herausgegeben, der u. a. eine geringfügige Kostenerstattung regelt. Hier haben – wie in anderen Bundesländern – die Mitglieder des Netzwerks eine Liste von ReferentInnen für Friedensbildung erstellt.

Diese Ansätze haben sich in letzter Zeit deutlich verdichtet. In Mecklenburg-Vorpommern und neu in Sachsen-Anhalt ist eine Handreichung zum Umgang der Schulen mit VertreterInnen der Bundeswehr und der Friedensbewegung veröffentlicht worden. Stephan Dorgerloh (SPD), der Kultusminister Sachsen-Anhalts, hat eine heftige Debatte ausgelöst, weil er fordert, dass, wann immer die Bundeswehr in Schulen eingeladen wird, auch die Friedensbewegung eingeladen werden muss. In Thüringen ist nun eine ähnliche Formulierung in den neuen Koalitionsvertrag der Regierung von Bodo Ramelow (Linke) geschrieben worden.

Doch die derzeit spannendste Entwicklung vollzieht sich in Baden-Württemberg. Das Kultusministerium hat am 30. Oktober 2014 gemeinsam mit VertreterInnen von Kirchen, Gewerkschaften, Friedensbewegung und Jugendarbeit eine Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in Schulen unterzeichnet. Selbst die DFG-VK hat sich dem nach einigem Zögern angeschlossen. Gemeinsam mit den UnterzeichnerInnen wurde in Workshops erarbeitet, wie die Aufgabe konkret umgesetzt werden soll. Als erster Schritt wurde im April 2015 eine Servicestelle in gemeinsamer Trägerschaft der Landeszentrale für politische Bildung und der Berghof Foundation eingerichtet, um u. a. bestehende Angebote zu vernetzen und sichtbarer zu machen, um MultiplikatorInnen zu qualifizieren und neue Medien zu publizieren.

Diese landesbezogenen Entwicklungen sollen am 15. – 17. Oktober 2015 in Koblenz auf einer Tagung der Friedensakademie Rheinland-Pfalz und des Projekts Friedensbildung und Schule überblickt und in einem bundesweiten Bündnis vernetzt werden.

Kai-Uwe Dosch ist Referent für Friedensbildung, von Ende 2012 bis Anfang 2015 für den Bund für Soziale Verteidigung, von Ende 2013 noch bis Ende 2015 auch für das entsprechende Projekt der AGDF und der EAK.

Friedensschulen

Wie Schulen sich erfolgreich gegen den Einfluss der Bundeswehr zur Wehr setzen

Dorothea Schäfer

Eigentlich ist es ganz leicht: Die Schulkonferenz – in NRW das wichtigste Mitwirkungs-gremium einer Schule bestehend aus Lehrkräften, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern – oder ein entsprechendes Gremium der Schule beschließt:

Wir werden eine „Schule ohne Bundeswehr“.

Wir laden keine Vertreter der Bundeswehr in den Unterricht ein.

Wir wissen, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer Experten sind, auch beim Thema Sicherheitspolitik, auch beim Thema Friedenspolitik.

Aber wenn ein solcher Beschluss nicht nur ein Papiertiger bleiben soll, der vielleicht von einem in späteren Schuljahren anders zusammengesetzten Gremium nicht mehr mitgetragen wird, sollte es eine gute Vorbereitung geben. Die einzelnen Gruppen der an Schule Beteiligten sollten im Vorfeld einbezogen werden. Sicher ist es auch sinnvoll, den Weg zu einer „Schule ohne Bundeswehr“ mit anderen Aktivitäten zu begleiten. Deutlich sollte dabei werden, dass sich die Schule nicht nur gegen die Präsenz der Bundeswehr in der Schule ausspricht, sondern sich für eine gewaltfreie und friedliche Welt engagieren möchte.

Anlässe zur Diskussion über ein friedenspolitisches Engagement der Schulgemeinde gibt es auch 70 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs reichlich: Auch im Jahr 2015 gibt es auf der Welt viele Kriege, deren unmittelbare Auswirkungen wir auch in Deutschland spüren – durch die Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten zu uns kommen und die wir bei uns willkommen heißen.

Bei dem Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, dem inzwischen mehr als 1700 Schulen angehören, bekommt die Schule den Titel nicht einmalig verliehen, sondern verpflichtet sich auch, dieses Motto immer wieder durch Projekte oder Aktionen zu bestätigen. Der Titel ist also kein Preis und keine Auszeichnung für bereits geleistete Arbeit, sondern eine Selbstverpflichtung für die Zukunft.

Ich denke, dass eine solche Selbstverpflichtung Sinn macht für jede und jeden, der sich persönlich, in seiner Schule oder seinem Betrieb gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit und für den Frieden einsetzen will. Sie ist m. E. auch sinnvoll für Schulen, die sich als „Schulen ohne Bundeswehr“ verstehen.

Viele Schulen haben mit einzelnen Projekten begonnen, sich ganz konkret gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und für Frieden und Solidarität zu engagieren. Sie sollten von der Zivilgesellschaft dabei ermutigt werden, um in kleinen Schritten das Fundament für eine friedlichere Welt zu legen.

Vor zwei Jahren wurden drei Schulen mit dem Aachener Friedenspreis geehrt. Der Aachener Friedenspreis ist ein alternativer Friedenspreis, der nicht große PolitikerInnen ehrt, sondern sich zum Ziel gesetzt hat, Frauen, Männer oder Gruppen zu würdigen und vorzustellen, die „von unten her“, als Graswurzelinitiativen dazu beitragen, der Verständigung der Völker und der Menschen untereinander zu dienen sowie Feindbilder ab- und Vertrauen aufzubauen. Bei der Preisverleihung vor zwei Jahren wurden zwei Schulen geehrt, die sich als erste Schulen in Deutschland zur „Schule ohne Bundeswehr“ erklärt hatten, sowie eine Schule im Nordirak, die sich durch ein hohes Maß an Toleranz und Solidarität auszeichnete – mitten in einem Land voller Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen religiösen und ethnischen Gruppen. Ich durfte die Laudatio halten.



Demo der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr-Lernen für den Frieden“ in Stuttgart im Jahr 2013.
Foto: Renate Wanie

DGB gegen Bundeswehr in den Schulen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hatte in seinem Aufruf zum Antikriegstag 2013 unter anderem formuliert: *„Nie wieder Krieg heißt für uns: Es darf keinen neuen Militarismus geben. Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee und dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform verpflichtet. Daran darf sich nichts ändern. Sie hat im Innern – mit Ausnahme humanitärer Katastrophenhilfe – nichts zu suchen. Wir fordern die Bundeswehr auf, ihre Werbung in Schulen sofort zu beenden.“*

Nun darf die Bundeswehr in Schulen gar nicht werben. Für die politische Bildung in der Schule gelten das Überwältigungsverbot und das Prinzip der Kontroversität. Das bedeutet, dass SchülerInnen nicht in eine bestimmte Richtung gedrängt werden dürfen, weder durch

einseitige Information noch durch Werbeveranstaltungen. Aber die Bundeswehr nutzt die Auftritte von Jugendoffizieren in Schulen oder auch bei Berufsbildungsmessen zur Werbung, da sie seit dem Ende der Wehrpflicht Nachwuchsprobleme hat. Bei diesen Veranstaltungen wird zwar ausführlich dargelegt, dass man an den Bundeswehr-Unis prima studieren könne, dort lerne Flughäfen zu bauen, Kasernen einzurichten oder Menschen zu führen, aber es ist keine Rede von Tod und Trauma, es wird nicht berichtet über SoldatInnen, die bei Auslandskriegseinsätzen ums Leben kamen oder traumatisiert zurückkehrten.

Kooperationsvereinbarung in Nordrhein-Westfalen

Die GEW in Nordrhein-Westfalen hatte die jetzige Landesregierung schon 2010 aufgefordert, die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Schulministerium und der Bundeswehr zu kündigen. Abgeschlossen worden war diese Kooperationsvereinbarung von der schwarz-gelben Landesregierung im Jahr 2008. Leider kam es nicht zu einer Kündigung, sondern nur zu einer Modifikation – obwohl die neue Koalition während der Oppositionszeit etwas anderes gesagt hatte.

Denn auch wenn es in der neuen Kooperationsvereinbarung heißt: *„Jugendoffiziere der Bundeswehr können, wie auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Institutionen sowie Organisationen der Friedensbewegung, im Rahmen von schulischen Veranstaltungen Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik*

und die Aufgabenstellung der Bundeswehr informieren“, kann natürlich von Chancengleichheit zwischen Bundeswehr und Friedensgruppen nicht die Rede sein. Der Werbeetat der Bundeswehr ist um ein Vielfaches höher als die Möglichkeiten von Friedensorganisationen, deren VertreterInnen ohnehin von Schulen eingeladen werden können.

Die Kündigung der Kooperationsvereinbarung, die der Bundeswehr quasi den roten Teppich für den Weg in die Schulen ausrollt, ist nach wie vor die Forderung der GEW in NRW. Wir wissen aber, dass die Bundeswehr natürlich auch ohne eine solche Vereinbarung, die es nicht in allen Bundesländern gibt, die Schulen besucht. Insofern kann eine wirksame Veränderung nur von unten erreicht werden – in dem sich mehr Schulen zu bundeswehrfreien Zonen erklären.

Die GEW NRW engagiert sich im Bündnis „Schule ohne Bundeswehr“, weil wir nicht wollen, dass junge Menschen mit verlockenden Berufsperspektiven zu einem Dienst mit der Waffe geworben werden, weil wir nicht wollen, dass die Militarisierung der Zivilgesellschaft voranschreitet. Es wäre schön, wenn sich weitere Schulen zu diesem Schritt „Schule ohne Bundeswehr“ zu werden, entschließen können.

Dorothea Schäfer (60) ist Landesvorsitzende GEW NRW und Lehrerin für die Fächer Mathematik, Physik und Informatik und hat vor ihrer Beurlaubung für die hauptamtliche Tätigkeit in der GEW zunächst am Gymnasium und danach an der Gesamtschule unterrichtet.

FLUCHT & MIGRATION

Flüchtlingen helfen

Praktische Informationen wie Adressen von Flüchtlingsinitiativen vor Ort, politische Stellungnahmen zur Politik von Bundesregierung und EU und vieles Weitere finden sich auf der Website von Pro Asyl.

www.proasyl.de

Termine

Termine aus der Friedens-, Anti-Atom-, Menschenrechts- und globalisierungskritischen Bewegung.

Wir nehmen in diese gedruckte Version des Terminkalenders ausschließlich nur Termine von regionalem oder bundesweitem Interesse auf. Eine vollständige Liste aller Termine und mehr Informationen (Kontaktadressen usw.) zu den meisten genannten Terminen gibt es auf:

<http://www.friedenskooperative.de/termine.htm>

Dort sind auch alle Initiativen eingeladen, ihre eigenen Termine einzutragen.

Das geht ganz einfach unter: <http://www.friedenskooperative.de/cgi-bin/termine.pl>

November

Freitag, 30.10.2015 bis Montag, 02.11.2015: Proteste gegen die NATO-Manöver „Trident Junction“ in Italien, Spanien und Portugal, Information: <http://www.wri-irg.org/node/24935>

Freitag, 06.11.2015 bis 08.11.2015 Erlangen: 31. Jahrestagung des Forum InformatikerInnen für Frieden: „Kommerzialisierung des Sozialen - Markt und Macht im Zeitalter digitaler Komplexität“, an der Uni Nürnberg-Erlangen (FAU), Mediac Valley Center, Henkestr. 91, <http://www.fiff.de/2014>

Freitag, 06.11.2015 bis 08.11.2015 Mannheim: attac-Herbstratschlag 2015, <http://www.attac.de>

Freitag, 06.11.2015 bis 08.11.2015 Regensburg: IPPNW-Studiotreffen 2015: „Kommunikation als Mittel für den Frieden“, <http://studis.ipnw.de/studierendentreffen.html>

Sonntag, 08.11.2015 bis 18.11.2015 Bundesweit: 35. Ökumenische Friedensdekade „Grenzerfahrung“, <http://www.friedensdekade.de>

Donnerstag, 12.11.2015 bis 15.11.2015 bei Kassel: Vorbereitungsseminar von CAREA e.V.: Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas/Mexiko Internationale Begleitung in Guatemala, Kontakt: www.carea-menschenrechte.de

Freitag, 13.11.2015 bis 14.11.2015 Berlin: Tagung „Humanistische Verantwortung in internationalen Konflikten“, <http://humanistische-akademie-berlin.de>

Samstag, 14.11.2015 Fulda: Mitgliederversammlung der Kooperation für den Frieden, www.koop-frieden.de

Samstag, 14.11.2015 bis 15.11.2015 Tübingen: 18. Kongress der Informationsstelle Militarisation (IMI), www.imi-online.de

Samstag, 14.11.2015 bis Freitag, 20.11.2015: Internationale Aktionswoche gegen die Militarisation der Jugend. Informationen: <http://www.wri-irg.org/node/24933>

Samstag, 14.11.2015 bis 05.12.2015 Kopenhagen: Cooperide: Cycling from Copenhagen to the COP21 climate summit in Paris, <http://cooperide.org/>

Montag, 16.11.2015 bis 18.11.2015 Rehburg-Loccum: Tagung „Friedenslogisch vernetztes Handeln auch bei der Bundeswehr?“ - Außen- und Friedenspolitik im neuen Weißbuch, VA Ev. Akademie Loccum, <http://www.loccum.de/programm/p1550.html#programm>

Freitag, 20.11.2015 bis 21.11.2015 Berlin: 20. Deutsch-Russische Herbstgespräche: „Wieder unerwünscht? - Europa in der Zerreißprobe“ (Arbeitstitel). <http://www.austausch.org/herbstgespraeche/herbstgespraeche-2015.html>

Freitag, 20.11.2015 bis 22.11.2015 Göttingen: Konferenz „Migration – Frieden – Human Security“,

Uni Göttingen, www.uni-goettingen.de/de/flyer-zur-konferenz-pdf/518791.html

Freitag, 20.11.2015 bis 21.11.2015 Marburg: Tagung „Kommt der Krieg nach Europa?“ VA: Friedenspolitischer Gesprächskreis der DGB-SeniorenInnen, www.region-mittelhessen.dgb.de

Freitag, 27.11.2015 Bremen: Verleihung des Internationalen Bremer Friedenspreis 2015 für beispielhaftes Engagement für Gerechtigkeit, Frieden, und Bewahrung der Schöpfung, <http://www.dieschwell.de>

Dezember

Samstag, 05.12.2015 bis 06.12.2015 in Kassel: Kasseler Friedensratschlag, <http://www.ag-friedensforschung.de>

Samstag, 12.12.2015 Paris: Groß-Demonstration „Anti-nuclear block im Global Climate March COP21“, VA: BI Lüchow-Dannenberg (Germany), Ecodefense (Russia), Global 2000 (Austria), NIRS (USA), Réseau „Sortir du nucléaire“ (France), WECF (Germany, international), WISE (Netherlands, inter-

national). http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=456

Zum Vormerken

Freitag, 19.–20.02.2016 in Leipzig: Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden, www.koop-frieden.de

Freitag, 26.02.2016 bis 28.02.2016 in Berlin: Internationaler Kongress „5 Jahre Fukushima, 30 Jahre Tschernobyl“, VA: IPPNW, www.tschernobylkongress.de

Donnerstag, 03.03.–05.03.2016: Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung, <http://www.afk-web.de/>

Freitag, 11.03.–13.03.2015 Magdeburg: Tagung des Bund für Soziale Verteidigung, Magdeburg, www.soziale-verteidigung.de

Freitag, 15.03.2015–17.03.2015 Loccum: Jahrestagung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, <http://www.konfliktbearbeitung.net/>

09.04.2015, voraussichtlich Hannover: Studientag des Instituts für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung, www.ifgk.de

Samstag, 30.07.2016 bis 09.08.2016 Büchel: Öffentliches Fasten vor dem Atomwaffenlager Büchel (und auch Trinationales Fasten gegen Atomwaffen in andere Europäischen Ländern), Kontakt: Initiativkreis gegen Atomwaffen, Pfarrer Dr. Matthias Engelke, [mwengelke\(at\)t-online\(Punkt\)de](mailto:mwengelke(at)t-online(Punkt)de)

Dienstag, 09.08.2016 bis 14.08.2016 in Montreal (Kanada): World Social Forum 2016. www.fsm2016.org/

Freitag, 30.09.2016 bis 03.10.2016 Berlin: International Peace Bureau-World Congress „Disarm! For a Climate of Peace – Creating an Action Agenda“, <http://www.ipb2016.berlin>

ÖKUMENISCHE FRIEDENSDEKADE

Erstmalig hat die Ökumenische Friedensdekade ein Zeitungsformat im Materialangebot. Mit der neuen achtseitigen Zeitung (100 Stück = 25 Euro) bietet sie ein Printmedium für die breite Verteilung an. Durch die Erstellung wenige Wochen vor dem Beginn der Ökumenischen Friedensdekade greift die FRIEDENSZEITUNG aktuellere friedenspolitische Fragenstellungen und Debatten auf.

Den Titel der Zeitung zielt das Plakatmotiv der Augsburger Agentur elfgenpick, die den diesjährigen Plakatwettbewerb der Ökumenischen Friedensdekade gewonnen hat. Die Autoren schreiben dazu: „Unser Plakatmotiv zeigt einen Riss in rotem Grund. Rot ist eine starke Signal-Farbe, die sowohl Gefahr als auch Wärme vermittelt. Der Riss erinnert an eine Verletzung. Das Motiv spielt auf den Riss in den Biografien der Flüchtlinge an. Menschen auf der Flucht bricht der Boden unter den Füßen weg. Sie verlieren Hab und Gut,

sie kommen ohne Papiere bei uns an und wissen nicht, welche Zukunft sie erwartet. Häufig werden auch Familien auseinandergerissen. Männer fliehen zum Beispiel vor dem drohenden Militärdienst und werden von ihren Frauen, Kindern, Eltern und Verwandten getrennt. Das Motiv lässt weitere Interpretationsmöglichkeiten offen. Es ist als Meditationsbild gedacht.“



Impressum

FriedensForum 6/2015

Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel. 02 28/69 29 04

Fax 02 28/69 29 06 · friekoop@friedenskooperative.de · www.friedenskooperative.de

in Zusammenarbeit mit dem „Förderverein Frieden e.V.“

Redaktion: Martin Singe, Christine Schweitzer (V.i.S.d.P), Otmar Steinbicker, Renate Wanie;

Mitarbeit an dieser Ausgabe: K. Golla, Ph. Ingenleuf, M. Stenner†, alle Römerstr. 88, 53111 Bonn.

Die namentlich gezeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Gestaltung: kippconcept gmbh, Bonn; Auflage: 3.000 Stk., ISSN 0939-8058.

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1. 1. 1999

Einzelpreis € 4,50 plus Versandkosten; Jahresabonnement FriedensForum incl. Versand € 25,00;

Fördermitgliedschaft (incl. Abo) € 40,00. Rabatte/soziale Staffelung nach Vereinbarung

möglich. Unsere Arbeit ist auf Spenden und Unterstützungsbeiträge angewiesen.

Überweisungen auf das Konto: **Förderverein Frieden e.V.**,

IBAN: DE89 4306 0967 4041 8604 00 bei der GLS-Bank · BIC: GENODEM1GLS

Netzwerk Friedenskooperative

»FriedensForum«

Römerstr. 88

53111 Bonn

Name/evtl. KD-Nr. _____

evtl. Gruppe/Funktion _____

Anschrift/Tel. _____

eMail _____

ABO

Ich/wir abonnieren das „FriedensForum“

Ich/wir zahle/n das Jahresabo „FriedensForum“ 2016 (mind. € 25,00) _____

Bitte sendet mir/uns ein Probeexemplar des „FriedensForum“

Ich/wir bestelle/n

..... Expl. dieses Heftes zum Weiterverbreiten (ab 5 St. à € 3,00) _____

..... Expl. Friedensfahne „Pace“ (à € 10,00) _____

..... Expl. Friedensfahne „Salaam“ (à € 10,00) _____

..... Expl. BürgerInnen-Information zum Monitoring-Projekt _____

..... Expl. Dossier I „Iran-Konflikt“ des Monitoring-Projektes _____

..... Expl. Dossier Ib „Die Iran-Verhandlungen“ (Nov. 2012) _____

..... Expl. Dossier III „Der Israel-Palästina-Konflikt“ _____

..... Expl. Dossier IV „Der Afghanistan-Konflikt“ _____

(jeweils à € 1,-; ab 5 Stück à € 0,50; ab 50 Stück à € 0,40)

..... Expl. Dossier V „Syrien zwischen gewaltfreiem Aufstand u. Bürgerkrieg“ _____

..... Expl. Dossier VI „Der Mali-Konflikt“ _____

..... Expl. Dossier VII „Der Ukraine-Konflikt“ _____

(jeweils à € 1,20; ab 5 Stück à € 1,00; ab 50 Stück à € 0,70)

..... Expl. Aktualisierung Dossier V „Der Syrienkonflikt“ (à € 0,50) _____

(jeweils zuzüglich Versandkosten)

SPENDEN

Ich/wir spende/n für Eure Friedensarbeit _____

das FriedensForum _____

für _____

Den Gesamtbetrag habe/n ich/wir _____

gesamt: € _____

am _____ gezahlt an **Förderverein Frieden e.V.**

Konto IBAN: DE89 4306 0967 4041 8604 00 bei der GLS-Bank, BIC: GENODEM1GLS

durch beiliegendes Bargeld/Verrechnungsscheck (Zutreffendes bitte unterstreichen)

Ort/Datum _____

Unterschrift _____

FÖRDERVEREIN FRIEDEN E.V.

Ich abonniere das FriedensForum (€ 25,-/Jahr)

Ich werde Fördermitglied im
Förderverein Frieden e.V. und zahle
einen Beitrag von

jährlich (mind. € 40,-) € _____

Als Fördermitglied des Vereins erhalte
ich kostenlos das „FriedensForum“,
Einladungen zu Veranstaltungen etc. und
am Jahresbeginn eine steuerwirksame
Bescheinigung über meinen Förderbeitrag
des Vorjahres.

Datum _____

Unterschrift _____

Meinen Jahresbeitrag für 2015

habe ich überwiesen

füge ich bei durch Bargeld/Scheck

möchte ich gern von Euch **abbuchen**
lassen.

**Dazu bitte das
SEPA-Lastschriftmandat
unten ausfüllen!**

Ort/Datum _____

Unterschrift _____

6/2015

SEPA - Lastschriftmandat

Förderverein Frieden e.V., Römerstr. 88, 53111 Bonn

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE80 ZZZ0 0001 3140 43**

Mandatsreferenz = KD-Nr. (siehe Etikett) bzw. neue Mitglieds/KD-Nr.

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige den Förderverein Frieden e.V., Zahlungen von meinem Konto
mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom
Förderverein Frieden e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungs-
datum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit
meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) _____

Straße und Hausnummer _____

Postleitzahl und Ort _____

Kreditinstitut _____

(Name, BIC notwendig bei Kreditinstituten im EU-Ausland)

IBAN _____

Datum, Ort und Unterschrift _____